

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Steuerreform: Weichen in Richtung  
künftige Kürzungspolitik**

Elisabeth Klatzer

**Von Wählerparteien zu Kümmerer-  
und Bewegungsparteien?**

Jens Gmeiner und Matthias Micus

**Wie Griechenland aus der Staatsschulden-  
falle befreit werden kann**

Wolfgang Edelmüller



DIE ACHZIGER JAHRE

MUSA



# EDITORIAL

Auch wenn die Regierung die jüngste Wende in der HYPO-Schadensbewältigung als konsequenten Schritt darzustellen versucht, ist die Entscheidung zur Abwicklung der Abbaueinheit HETA ein bemerkenswerter Strategiewechsel. Bemerkenswert deshalb, weil das Zahlungsmoratorium zwar rechtliche Unterschiede zur Insolvenz aufweist, so oder so aber die Haftungen des Landes Kärnten in den Mittelpunkt des Interesses rücken lassen. Diese waren bis dato das ausschlaggebende Argument dafür, eine Bankinsolvenz zu vermeiden. Wenn man es nun doch darauf ankommen lässt, wird früher oder später (und wohl spätestens im U-Ausschuss) die Frage zu stellen sei, warum man diesen Weg nicht bereits beschritten hat, bevor Milliarden an Steuergeld in der Bewältigung von Jörg Haiders HYPO-Abenteuer versenkt worden waren.

In dieser Ausgabe steht aber eine andere wesentliche wirtschaftspolitische Schlüsselfrage an erster Stelle. Im Rahmen einer »Aktuellen Debatte« werden die Steuerreform und ihre Auswirkungen unter die Lupe genommen.

**Elisabeth Klatzer** sieht die **Verteilung der Entlastungsbeträge**, vor allem aber auch den **Verzicht auf Vermögenssubstanzsteuern kritisch** und vermisst Gerechtigkeits Elemente in der Reform.

**Angelika Gruber, Joe Thoman und Patrick Pechmann** sehen in ihrer Analyse die **LohnsteuerzahlerInnen** und die **Vermögenden** unter den Vermögenden als die **GewinnerInnen** der Steuerreform. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs seien positiv, fraglich sei aber, ob die Gegenfinanzierung in vollem Umfang halte.

Die **positive Reaktion** weiterer Teile der **Gewerkschaft** und der **SPÖ** zeige, wie bereitwillig die FunktionärInnen Kompromisse als Erfolge feiern, auch wenn der Verzicht auf Vermögenssteuern zum Bumerang für die SPÖ zu werden drohe. Der **Unmut in der ÖVP** resultiere wiederum aus der Bereitschaft der Konservativen, ihre Stammklientel **kleinbürgerlicher Unternehmer zahlen** zu lassen, um eine **Besteuerung der Superreichen zu verhindern**, argumentiert **Ludwig Dvořák**.

Im zweiten Teil ihrer **vergleichenden Untersuchung** von Organisationsreformprozessen **sozialdemokratischer Parteien in Europa** – Teil I erschien in ZUKUNFT 02/2015 – widmen sich **Matthias Micus und Jens Gmeiner soziologischen Grundlagen und organisationspolitischen Perspektiven** der Organisationsentwicklung und gehen der Frage nach, ob und wie sich die Sozialdemokratie über den Weg zur »Kümmerer«-Partei zur Bewegungspartei entwickeln kann.

Der Banker und Ökonom **Wolfgang Edelmüller** skizziert in seinem Beitrag, wie **Griechenland** auch **ohne formellen Schuldenschnitt** von seiner **Überschuldung befreit** werden könne. Er zeigt auf, dass technische Lösungen vorhanden wären. Die Weigerung solche Lösungen zu suchen, könne rational nur so verstanden werden, dass die **Austeritätspolitik** für **Merkel** und Co **Vorrang vor dem Fortbestehen der Euro-Zone** habe und die **Linksregierung** Griechenlands **diszipliniert** werden solle, um eine Nachahmung bei der Suche nach politischen Alternativen in anderen Ländern im Keim zu ersticken.

Über die Zukunft der **europäischen Nachbarschaftspolitik** stellen **Stefan** und **Andreas Brocza** grundlegende Betrachtungen an. Die anlaufende Evaluierung der Nachbarschaftspolitik könne zu ihrer Stilllegung führen, und erwarten zunehmende Instabilitäten jenseits der EU-Außengrenzen.

Die Aussicht auf einen von den Republikanern dominierten US-Kongress und die Gefahr eines republikanischen Präsidenten erfordere eine andere Orientierung der europäischen Außenpolitik. Denn Glaubenskriege und Geopolitik seien eine fatale Mixtur findet **Heinz Kienzl**.

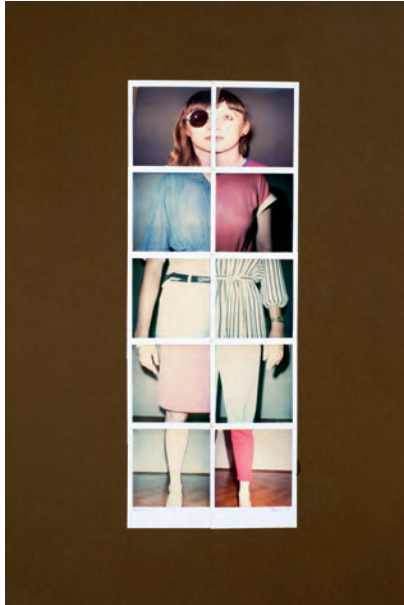
Nach den **Buchtipps** rundet das ökonomische **Schlusswort** von **Elisabeth Blaha** das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



Robert Zahornicky, aus der Serie »Puzzle«:  
Anka H, 1983, Fotocollage (Polaroid) auf  
Karton | photo collage (Polaroid) on card-  
board, 65 x 48 cm

## Aktuelle Debatte: **Steuerreform**

### 6 **Steuerreform: Weichen in Richtung künftige Kürzungspolitik**

VON ELISABETH KLATZER

### 12 **Steuerreform: Der große Wurf!?**

VON ANGELIKA GRUBER, PATRICK PECHMANN  
UND JOSEF THOMAN

### 18 **Dankbarkeit als politische Kategorie**

VON LUDWIG DVOŘÁK

### 22 **Von Wählerparteien zu Kümmerer- und Bewegungsparteien?**

VON JENS GMEINER UND MATTHIAS MICUS

### 30 **Wie Griechenland aus der Staatsschuldenfalle befreit werden kann**

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

### 36 **Der Anfang vom Ende der »Europäischen Nachbarschaftspolitik«**

VON STEFAN UND ANDREAS BROCZA

### 44 **Ein Elefant im Porzellanladen**

VON HEINZ KIENZL

### 48 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

### 50 **Eine nicht ganz marktkonforme Demokratie**

SCHLUSSWORT VON ELISABETH BLAHA

# Steuerreform: Weichen in Richtung künftige Kürzungspolitik

**Die Steuerreform ist** auf den Weg gebracht und wird mit der Perspektive auf Einkommenszuwachs für untere und mittlere Einkommen aufgrund von Steuerentlastung beworben. Elisabeth Klatzer thematisiert vertane Chancen und Probleme hinter der Lösung und zeigt Geschlechterungleichheiten sowie drohende Belastungen auf.

**A**uf der Homepage des Finanzministeriums sucht man vergeblich Informationen über den Inhalt der akkordierten Steuerreform. Stattdessen wird unter dem Motto »Berechnen Sie Ihre Entlastung« ein Entlastungsrechner zur Verfügung gestellt: »Mit dem heutigen Beschluss der Bundesregierung zu den Eckpunkten der Steuerentlastung stellt das Bundesministerium für Finanzen (BMF) einen Online-Rechner zur Verfügung. Schnell und unkompliziert kann sich jeder Steuerzahler seine persönliche Entlastung ausrechnen« (vgl. Finanzministerium 2015). Populistisch wird der persönliche Vorteil – für möglichst alle – in den Mittelpunkt gestellt, die Gesamtdimension wird ausgeklammert. Das passt zur Ausrichtung der gesamten Reform.

## VERTANE CHANCE: VERMÖGENSBESTEuerung

Die Steuerreform versagt im Kampf gegen die explodierende Ungleichheit. Österreich weist die höchste Vermögensungleichheit in der Eurozone auf (Sierminska / Medgyesi 2013). Vermögen ist in Österreich sehr stark konzentriert und wird – auch im OECD-Schnitt – sehr gering besteuert. Die obersten 5 % der Bevölkerung besitzen 58 % des Privatvermögens (Europäische Zentralbank 2014). Diese Spitzenposition bleibt durch die aktuelle Steuerreform unangetastet. Das Gesamtvermögen des reichsten Prozent in Österreich wurde im Jahr 2010 mit 470 Milliarden Euro beziffert (Eckerstorfer et al 2013). Schätzungen zufolge wuchsen die größten Vermögen im Jahr 2013 mit 7 Prozent. Auch Thomas Piketty errechnet jährliche Zuwachsraten in diesem Bereich. Auf Basis eines jährlichen Zuwachses von – konservativ geschätzten – 5 bis 7 Prozent ergibt sich daher ein aktueller Vermögensstand von rund 600 bis 650 Milliarden € für das reichste Prozent in Österreich. Demgegenüber sollen bei der Steuerreform laut Schätzung der Regierung lediglich 300 Millionen € aus

dem Bereich Grunderwerbsteuer (35 Mio. €), Immobilienertragsteuer (115 Mio. €) und Kapiteilertragsteuer (150 Mio. €) lukriert werden. Wobei sich die Regierung selbst über die fiskalischen Auswirkungen der neuen Regelung – mit vielen Ausnahmen – nicht sicher zu sein scheint, denn im Ministerratsbeschluss vom 17.03.2015 zur Steuerreform steht der bedeutungsschwangere Satz: »Die Bundesregierung stellt sicher, dass das Gesamtaufkommen der Grunderwerbsteuer durch die Neuregelung nicht sinkt.«

Ohne umfassende Erbschafts- und Vermögenssteuern wird die explodierende Vermögenskonzentration nicht einmal ansatzweise gebremst. OECD, IWF und UNO sind sich mittlerweile einig, dass wachsende Ungleichheit die aktuell die größte ökonomische und politische Gefahr darstellt.

## BANKGEHEIMNIS OHNE AUSNAHMEN ABSCHAFFEN

Die geplante Aufhebung des Bankgeheimnisses und die Pläne für ein zentrales Kontenregister sind zu begrüßen. Sofern dies ohne Ausnahmen umgesetzt wird, könnte damit auch der Steuerbetrug vermögender Einzelpersonen bekämpft werden. Ein völliges Ende des Bankgeheimnisses wäre auch die Voraussetzung, um in Zukunft alle Einkommensarten – also auch Zinsen, Dividenden und Aktienkursgewinne – gleich progressiv wie Einkommen aus Arbeit besteuern zu können.

Die Reform der Lohnsteuer im unteren und mittleren Einkommensbereich ist grundsätzlich zu begrüßen. Insbesondere die geplante Erhöhung der Negativsteuer von derzeit 110 € pro Jahr auf maximal 400 € ist ein Schritt in die richtige Richtung, vor allem, wenn diese automatisch ausbezahlt wird. Allerdings sollte diese höher sein, um ihre Wirkung zu entfal-

ten; eine Anhebung von 110 € pro Jahr auf 110 € pro Monat wäre eine wirkungsvolle Maßnahme. Dies wäre auch ein kleiner Ausgleich zur Begünstigung oberer Einkommen durch die regressive Wirkung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Sozialversicherung.

Insgesamt allerdings stellt das Reformmodell der Einkommenssteuer die falschen Prioritäten in den Mittelpunkt: Mit Ausnahme der Einkommen knapp über der Geringfügigkeitsgrenze, die mit rund 6,3 % der Nettoeinkommen prozentuell die höchste Entlastung erfahren, ist der prozentuelle Einkommenszuwachs mit knapp 5 % im Bereich von 42.000 bis 49.000 € Bruttojahreseinkommen am höchsten (Sektion 8, 2015) – dies entspricht Einkommen im 76. bis 85. Perzentil (das heißt, 76 % bis 85 % der Einkommenssteuerpflichtigen liegen darunter).

Durch die geplanten Absenkungen der Steuersätze geht der Löwenanteil der Entlastung ausgerechnet an die höheren und hohen Einkommen. Die geplante Senkung der Steuersätze im hohen Einkommensbereich sowie die Anhebung der Grenze des bisherigen Spitzensteuersatz von 50 % von 60.000 auf 90.000 € sind kontraproduktiv. Besserverdienende profitieren ohnehin von der Senkung der Lohnsteuersätze im unteren Bereich. Das sind zusätzliche, volkswirtschaftlich unsinnige Steuergeschenke an einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung.

### 55 % SPITZENSTEUERSATZ: SAND IN DEN AUGEN

Die Einführung des Spitzensteuersatzes auf 55 % ist eine Nebelgranate: Die Grenze von 1 Mio. € bewirkt, dass nur eine Handvoll Personen (rund 300) davon überhaupt betroffen sind. Da die Steuersenkungen im unteren Bereich ja voll auf höhere Einkommen durchschlagen, steigt die Steuer nur für Personen mit zu versteuerndem Bruttojahreseinkommen von über 1,25 Mio. €. Das sind 0,01 % der Lohnsteuerpflichtigen. Und diese Gruppe wird in Bezug auf die Gesamteinkommen ja begünstigt, da sie in der Regel überwiegend Kapitaleinkünfte (z.B. Zinseinkünfte) beziehen, die ja nicht progressiv besteuert werden (vgl. Sektion 8, 2015).

Gleichzeitig mit der Senkung der Steuern am unteren Ende der Einkommensskala bräuchte es eine klare Anhebung der Besteuerung für hohe Einkommensteile. Da Besserverdienende ohnehin von der Senkung der Lohnsteuer auf Einkommensteile im unteren Bereich profitieren, ist es aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten unverständlich, warum sie zusätzlich durch eine Senkung der Steuersätze im hohen Einkommens-

bereich, sowie durch eine Anhebung der Steuerstufe, ab der der bisherige Spitzensteuersatz von 50 % gilt, überproportional entlastet werden. In dieser Gruppe sind übrigens Frauen stark unterrepräsentiert. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 55 % wäre ein Schritt in die richtige Richtung, wenn er effektiv greifen würde. Anstatt der rein symbolischen Grenze von 1 Mio. € sollte sie unbefristet ab einem Einkommen von 120.000 € pro Jahr eingeführt werden. Davon würden jene Lohnsteuerpflichtigen betroffen sein, deren Einkommen ohnehin tendenziell stärker steigen.

Schweden sollte wieder einmal als beispielgebend herangezogen werden, denn dort geht man aktuell mit einer Steuerreform den Weg der Verringerung der Einkommensschere: Durch höhere Besteuerung höherer Einkommen wird sowohl Verteilungs- als auch Geschlechtergerechtigkeit gefördert.

Auch hat es die Regierung verabsäumt, Steuergerechtigkeit dadurch herzustellen, dass alle Einkommensarten gleich besteuert werden. Einkommen durch Zinsen, Dividenden und Aktienkursgewinne sollten gleich progressiv wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden. Die geplante Anhebung des Bankgeheimnisses würde dafür eine wichtige Grundlage bieten.

### MIT STEUERN STEUERN: EINE GESCHLECHTERGERECHTE STEUERREFORM SIEHT ANDERS AUS

Durch die Steuerreform der Regierung ist die Lohnsteuerentlastung für Männer fast doppelt so hoch wie für Frauen. Annäherungsweise zeigt sich das auf Basis der Berechnungen mit dem Soresi-Simulationsmodells des Sozialministeriums. Die Steuerentlastung durch die Einkommenssteuerreform (Tarifänderung und Negativsteuereffekte) liegt demnach für Männer bei 2,8 Mrd. €, während Frauen mit 1,5 Mrd. € entlastet werden. Die Schere des verfügbaren Einkommens geht damit weiter auseinander, nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen Niedrig- und Hochverdienenden. Der Anteil der unteren 40 % am durchschnittlichen verfügbaren Einkommen sinkt, während jener der oberen 40 % steigt.

Spannend ist, dass sich mit Ausnahme der Femme Fiscale niemand, auch die Frauenministerin nicht, daran stieß, dass die Steuerreform auf politischer Ebene ausschließlich von Männern ausverhandelt wurde. Hier scheinen Geschlechterstereotypen, die u.a. den Finanzbereich Männern zuschreiben, noch wirkungsmächtig zu sein.

Eine Steuerreform, die gleichstellungswirksam ist, müsste demgegenüber auf die oft unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern stärker bedacht nehmen: Frauen haben im Schnitt deutlich geringere Einkommen und viel weniger Vermögen. Durch die – nach wie vor überwiegend Frauen zugeschriebene – soziale Rolle, die Betreuung von Kindern und auch Alten zu übernehmen, sind für sie öffentliche Sachleistungen, z. B. Betreuungseinrichtungen, von besonderer Bedeutung.

Eine Einkommenssteuerreform, von der Frauen und Männer gleichermaßen profitieren, muss daher die unteren Einkommen, wo die Mehrzahl der Frauen zu finden ist, in absoluten Zahlen gleich entlasten wie höhere Einkommen. Die progressive Wirkung muss verstärkt, und nicht – wie mit der jetzigen Reform durch stärkere Entlastung der Besserverdienenden – abgeschwächt werden. 30% der erwerbstätigen Frauen haben so niedrige Einkommen, dass sie unter die Steuergrenze fallen, sie profitieren von der Erhöhung der Negativsteuer, die allerdings viel stärker ausfallen müsste, um spürbarere Effekte zu haben.

Eine Streichung der Begünstigung des 13./14. Monatsgehaltes ab der Höchstbeitragsgrundlage würde ebenfalls zu mehr Steuergerechtigkeit führen. Für eine bessere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit muss auch die Überstundenbegünstigung fallen. Denn diese ist ein Anreiz, der vor allem von Männern in Anspruch genommen wird, steuerbegünstigt länger zu arbeiten und damit weniger Zeit für Hausarbeit zu haben.

Die Erhöhung des Kinderfreibetrages geht auch in die völlig falsche Richtung. Da Freibeträge die Steuerbasis reduzieren, profitieren davon Besserverdienende mehr. Kinder aus einkommensstärkeren Familien werden damit begünstigt. Damit alle Kinder gleichermaßen profitieren, wären Sachleistungen wie Ausbau von Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung nötig. Nur so ist im Übrigen ein Effekt zu erreichen, der Frauen von Betreuungsarbeiten entlastet.

Gerade aus Geschlechterperspektive ist es wichtig, die Einnahmen- und Ausgabenseite gemeinsam zu betrachten. Von Steuergeschenken wie der Entlastung höherer Einkommen profitieren Männer mehr, Ausgabenkürzungen gehen meist mehr zulasten von Frauen, insbesondere wenn diese z. B. Pensionsreformen (Stichwort vorzeitige Erhöhung des Frauenpensionsalters) und Kürzungen bei wohlfahrtsstaatlichen Leistungen umfassen und weniger Geld für den nötigen

Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder und Ältere zur Verfügung steht.

## GEGENFINANZIERUNG AUF FRAGWÜRDIGEN BEINEN

Eine der zentralen Schwachstellen der gesamten Steuerreform ist die – angebliche – Gegenfinanzierung. Die Annahmen über Einnahmen durch Betrugsbekämpfung und Konjunkturbelebung sind unrealistisch hoch angesetzt und legen den Kern für das nächste »Kürzungspaket«. Da auf Vermögens- und Erbschaftssteuern verzichtet wird, fehlt ein wesentliches Element der finanziellen Tragfähigkeit.

Die Annahmen über die Gegenfinanzierung erscheinen stark aufgebläht, wie bei Detailbetrachtung ersichtlich: So sollen beispielsweise 1,9 Mrd. € aus der Steuer- und Sozialbetrugsbekämpfung kommen. Allein die Tatsache, dass sowohl SPÖ- als auch ÖVP-Modelle in ihren eigenen Vorschlägen die Einnahmen aus diesem Bereich auf rund 1 Mrd. eingeschätzt hatten, legt nahe, dass hier überhöhte Beträge angesetzt wurden. Zusätzlich ist der Kampf um Einschränkung der Betrugsbekämpfungsmaßnahmen und entsprechende Ausnahmen, z. B. bezüglich der begrüßenswerten und überfälligen Registrierkassenpflicht und Bankenauskünfte im Zusammenhang mit der Abgabenprüfung (Aufhebung des »Bankgeheimnisses«), bereits voll entbrannt.

Bei den Einsparungen bei Förderungen und Verwaltung in der Höhe von 1,1 Mrd. € (wohlgemerkt jährlich, nicht einmalig) ist der Rechenrick offensichtlich: Die Einsparungen betreffen nicht den Bund allein, das Volumen wird nur durch angenommene Beiträge von Ländern und Gemeinden erreicht. Die Konkretheit der Maßnahmen ist nicht zu unterbieten, der Ministerratsbeschluss dazu im Wortlaut: »Diese Summe soll durch einen Kostendämpfungspfad in der Verwaltung sowie durch sinnvolle Einsparungen bei den Förderungen (zum Beispiel »Einfrieren« der Förderungen in bestimmten Bereichen) erzielt werden.« (Bundesministerium für Finanzen, 2015).


Auch die Annahmen über die Selbstfinanzierung in der Höhe von 850 Mio. € stehen auf wackeligen Beinen. Vor allem, da die Entlastung durch die Einkommensteuer im mittleren und oberen Bereich konzentriert ist, wo die Konsumneigung geringer als im unteren Bereich ist, wird die Selbstfinanzierung wohl nicht so hoch wie laut Regierungsplan angesetzt ausfallen. Weiters soll die Erhöhung der Mehrwertsteuer durch die Erhöhung der reduzierten Sätze auf 13 %



zusätzliche Einnahmen in der Höhe von 250 Mio. € bringen. Hier sind einige wenige Bereiche begrüßenswert, wie vor allem der Luftverkehr. Hier wäre es wohl aus ökologischen Überlegungen sogar sinnvoll, die Umsatzsteuer nicht nur auf 13 %, sondern auf den Normalsatz von 20 % anzuheben. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, wie weit es der Landwirtschaftslobby gelingen wird, jene Bereiche, von denen sie betroffen sind, wie Futtermittel, lebende Tiere, Saatgut und Ab-Hof-Weinverkauf, wieder auszunehmen.

### DIE NÄCHSTEN KÜRZUNGSPAKETE KOMMEN MIT DIESER STEUERREFORM IN GREIFBARE NÄHE

Obwohl das Defizitverfahren gegen Österreich im letzten Jahr aufgehoben wurde, ist von Seiten der EU-Kommission in Bezug auf das strukturelle Defizit unter verstärkter Beobachtung und hat keinen Spielraum. Es ist zu erwarten, dass spätestens im Herbst 2015 der Druck von Seiten der EU-Kommission verstärkt wird, weitere Maßnahmen zu Defizit- und Schuldenabbau zu treffen. Auch in dem Zusammenhang ist das gegenwärtige Steuerpaket mit fragwürdiger Gegenfinanzierung problematisch.

Die Abschaffung von weitgehend steuerfreien Privilegien für Vermögen mit der Wiedereinführung von umfassenden Vermögens- und Erbschaftssteuern (mit angemessenen Freibeträgen) wären ein unabdingbarer Bestandteil von Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit im Steuersystem. Hier hat die Regierung eine wichtige Chance verabsäumt. Der Verzicht darauf lässt keinen Spielraum für wichtige Zukunftsinvestitionen, z. B. in Bildung, Pflege, Gesundheit oder ökologische Projekte. Vielmehr noch, die wacklige Gegenfinanzierung legt den Grundstein für künftige Kürzungspakete im Sozial- und Bildungsbereich, von denen die Mehrheit der Menschen betroffen sein wird, die jetzt durch die Steuerreform ein paar Euro weniger Steuer zahlen. 

**ELISABETH KLATZER**

ist Wirtschaftswissenschaftlerin in Wien.

1. Zu berücksichtigen ist bei der Interpretation der Simulationsergebnisse, dass das Simulationsmodell mit den EU-SILC-Daten von 2012 hinterlegt ist, das auf Einkommensdaten von 2011 basiert. Die Mikrodaten zu den Erwerbseinkommen sind mit der realen Einkommensentwicklung auf den Stand 2014 aufgewertet.
2. Unter dem Motto »Halbe/Halbe bei der Steuerentlastung. Keine Steuerreform von Männern für Männer« ist die Initiative »Femme Fiscale« am 03.03.2015 erstmals in der Öffentlichkeit aufgetaucht, vgl. <http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2015/03/03/steuerreform-frauen-als-grosse-verliererinnen-entlastung-fuer-maenner-doppelt-so-hoch-bild.html>

### LITERATUR

**Eckerstorfer, Paul / Halak, Johannes et al** (2013), Vermögen in Österreich, Bericht zum Forschungsprojekt Reichtum im Wandel, Johannes Kepler Universität Linz | **Beigewum / Attac / Armutskonferenz** (2014), Mythen des Reichtums, Hamburg | **Bundesministerium für Finanzen** (2015), Vortrag an den Ministerrat, Steuerreform 2015/2016 | **Hofmann** (2014), »Lohnsteuer runter« oder »Vermögenssteuer jetzt«? Editorial, in: Kurswechsel 4/2014 | **Finanzministerium** (2015), Steuerreform 2016 – Ihr persönlicher Entlastungsrechner Service des Finanzministeriums zum Beschluss der Steuerreform – Persönliche Entlastung online berechnen, <https://www.bmf.gv.at/aktuelles/entlastung.html> (Zugriff am 20.3.2015) | **Sektion 8** (2015), Steuerreform: Der große Wurf!?, <http://blog.sektionacht.at/2015/03/steuerreform-der-grosse-wurf/> (Zugriff am 21.3.2015) | **Sierminska, Eva / Medgyesi, Márton** (2013), The distribution of wealth between households – Research note 11/2013, <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=11782&langId=en>

# DIE ACHZIGER JAHRE

**MUSA**



Gudrun von Gurk, Waidmannsheil (aus der Serie »Güdrün«)  
1988, Öl auf Wildseide | oil on wild silk, 115 x 160 cm

### **Die achtziger Jahre. Pluralismus an der Schwelle zum Informationszeitalter**

**Im vierten Jahrzehnt seiner Sammlungsgeschichte untersucht das MUSA die 1980er Jahre. Diese Phase der heftig diskutierten „Postmoderne“ ist vom Erstarren des Kunstmarkts geprägt, der anfänglich vor allem auf die männlich dominierte Malerei der „Neuen Wilden“ setzte. Die große Aufmerksamkeit, die dieser internationalen Strömung zu teil wurde, lässt leicht übersehen, dass sich daneben zahlreiche andere Richtungen etablierten. Die geometrische Abstraktion als „Neue Geometrie“ oder „Neo Geo“ wurde als Gegenentwurf zur expressiven Grundhaltung der figurativen Malerei gesehen. Auch Kitsch und Ironie werden als Antistilmittel häufig eingesetzt. Besonders wichtig erscheint die Tendenz zur Entmaterialisierung der Kunst, die unter verschiedenen Zielsetzungen vorangetrieben wurde. Die Fotografie hat sich erstmals nach 1945 einen prominenten Platz in der Wiener Kunst erkämpft, Konzept und neue Medien spielten ebenso eine wichtige Rolle wie der Computer, der auch als bildnerisches Mittel seinen Siegeszug beginnt. So wie in diesem Bereich waren auch in der Erweiterung des Wiener Aktionismus viele Künstlerinnen führend beteiligt.**

**MUSA Museum Startgalerie Artothek  
Felderstraße 6–8, 1010 Wien  
28.4.2015 bis 24.10.2015  
[www.musa.at](http://www.musa.at)**

# Steuerreform: Der große Wurf!?

**Die Chancen und Gefahren** liegen nach Auffassung von Angelika Gruber, Patrick Pechmann und Josef Thoman im Detail. Vermögens- und Erbschaftssteuer müssten spätestens dann kommen, wenn sich die Gegenfinanzierung als unhaltbar herausstellt.

**E**in paar Tage früher als geplant haben SPÖ und ÖVP nun »die größte Steuerreform aller Zeiten« (© SPÖ) vorgestellt. Mit der Webseite [www.steuermymthen.at](http://www.steuermymthen.at) haben wir versucht vorab mehr Sachlichkeit in die Debatte zu bringen. In der heißen Phase der Verhandlungen hat der inhaltliche Zick-Zack-Kurs der SPÖ bereits einen Vorgeschmack von dem gegeben, was mit der ÖVP wohl nicht umzusetzen ist: Vermögenssteuern, deren Realisierung unserer Meinung nach ein Kernelement dieser Steuerreform sein sollte. Denn ohne echte Vermögenssteuern ist eine sinnvolle strukturelle Änderung der Abgabenstruktur nicht möglich. Und das Kernproblem, dass Vermögende nur einen äußerst geringen Teil zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen, bleibt bestehen. Kann am Ende dennoch von einem sozialdemokratischen Erfolg gesprochen werden? Bei einer Bewertung des Gesamtergebnisses wollen wir aus verteilungspolitischer Sicht die Frage »Wer profitiert und wer verliert?« beantworten.

## DIE ENTLASTUNG DER GERINGEN EINKOMMEN

Tatsächlich werden die kleineren und mittleren Einkommen durch die geplante Reform prozentuell stärker entlastet. Besonders erfreulich ist dabei, dass es mit der Ausweitung der Negativsteuer gelungen ist, auch LeistungsträgerInnen mit Einkommen unter rund 1.200 Euro brutto/Monat zu entlasten. (Siehe Abb. 1)

Von der Senkung des Eingangssteuersatzes profitieren alle Steuerpflichtigen mit einem Monatsbrutto von mehr als ca. 1.200 €. Insgesamt ist der Einkommenszuwachs in Prozent des Nettoeinkommens durch das neue Tarifsystem für Einkommen, die knapp über der Geringfügigkeitsgrenze (395 €/Monat) liegen, mit rund 6,3 % am höchsten. Die Steuer- und Abgabenbelastung sinkt an diesem Punkt um 41 % (siehe Grafik.)

## DIE ENTLASTUNG DER HOHEN EINKOMMEN

Ebenfalls zu den stärksten ProfiteurInnen der Steuerreform zählen EinkommensbezieherInnen mit einem Monatsbruttoeinkommen von ca. 3000 bis 3500 Euro (siehe Grafik: 78.-84. Perzentil). In dieser Gruppe sinkt die Steuer- und Abgabenbelastung sinkt um 8 % bis 9 %, das Nettoeinkommen steigt damit um rund 5 %. In diesem Bereich profitieren die Steuerpflichtigen nicht nur von der Senkung des Eingangssteuersatzes, sondern auch von der Senkung der Steuersätze, die erst bei höheren Einkommen greifen. Nur eine sehr kleine Gruppe (4 % der Lohnsteuerpflichtigen) profitiert von der Senkung des aktuellen Spitzensteuersatzes von 50 % auf 48 %. Eine unnötige Maßnahme, profitiert diese Einkommensgruppe doch ohnehin bereits von der Senkung aller anderen Stufen. (Siehe Abb.2)

Ab einer Million Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen gilt nun der höhere Spitzensteuersatz von 55 %. Diese Einkommensmillionäre profitieren aber ebenfalls von der Eingangssteuersatzsenkung sowie der reduzierten Tarife sowie der darauffolgenden gesenkten Steuerstufen. Tatsächlich steigt die steuerliche Belastung nur für jene, die ein Bruttojahreseinkommen von über 1,25 Millionen beziehen. In Summe profitieren damit 99,99 % der Lohnsteuerpflichtigen von den geplanten Änderungen.

Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 50 % auf 55 % trifft also nur eine sehr kleine Gruppe von rund 300 Personen und ist darüber hinaus wenig treffsicher. Beziehen Vermögende doch in der Regel überwiegend Kapitaleinkünfte, welche nicht nach dem Tarifsystem besteuert werden (z.B Zinserträge, welche durch die der KEST besteuert werden).

## WENN MÄNNER VERHANDELN?

Die prozentuelle Entlastung der unteren Einkommen ist auf jeden Fall positiv zu werten. Davon profitieren – auf Grund der stärkeren Repräsentanz in den unteren Einkommensgruppen – vor allem Frauen. Der sprunghafte Belastungsanstieg von 0% auf über 13% bei Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze (395€/Monat) ist ein signifikantes Hemmnis die Arbeitszeit auszuweiten oder höheren Lohn zu fordern, weil damit keine Nettoeinkommenserhöhung verbunden ist. Durch die Erhöhung der Negativsteuer wird dieser Belastungsanstieg nun deutlich auf knapp 8% gesenkt.

Demgegenüber steht das Faktum, dass durch die Entlastung höherer (auch sehr hoher) Einkommen ein großer Anteil des Entlastungsvolumens auf sehr gut verdienende Männer entfällt. Laut einer von Attac (mit dem Soresi-Modell des BMASK) durchgeführten Simulation entfallen so 2,8 Milliarden € des Entlastungsvolumens auf Männer und nur rund 1,5 Milliarden € auf Frauen.

## KEINE VERMÖGENSSTEUERN SIND EIN RISIKO

Damit die Lohnsteuersenkung für die arbeitenden Menschen nicht zum Bumerang wird, muss sie jedoch ausreichend gegenfinanziert werden. Warum? – Weil in Österreich auf der Einnahmenseite des Staates kaum umverteilt wird. Während GeringverdienerInnen einen größeren Teil ihres Einkommens für Verbrauchssteuern und Sozialversicherungsbeiträge aufwenden, zahlen GutverdienerInnen relativ mehr Lohnsteuer. Die Umverteilung findet also auf der Ausgabenseite über Sachleistungen (Kindergarten, Schule etc) und Geldleistungen (Familienbeihilfe) statt. Dementsprechend sind Haushalte mit geringen Einkommen von Kürzungen staatlicher Leistungen unverhältnismäßig stark betroffen.

Laut SPÖ-Konzept sollten 2 von 5 Mrd € durch eine Vermögensteuer sowie Erbschafts- & Schenkungssteuern finanziert werden. Mit beiden Forderungen konnte sich die SPÖ jedoch gegenüber der ÖVP nicht durchsetzen. Das Geld muss also woanders herkommen. Ein Teil wird durch eine Verringerung des Reformvolumens, welches nun um 830 Mio € geringer ausfällt als im SPÖ-Modell vorgesehen, eingespart. 350 Mio € kommen aus Steuererhöhungen; in erster Linie durch die KEST-Erhöpfung, welche 150 Mio € an Mehreinnahmen bringen soll. Aktiengewinne und Dividenden werden in Zukunft mit 27,5% anstatt mit 25% besteuert. Die Immobilienwertsteuer wird für Zweit- und Drittwohnsitze von derzeit maximal 25 Prozent auf 30 Prozent angehoben, was 115 Mio

€ bringen soll. Das sind beides umverteilende Maßnahmen, treffen sie doch sehr zielgenau Vermögende, welche einen großen Teil ihres Einkommens aus Kapitalerträgen erzielen. Der Rest soll aus der Steuerbetrugsbekämpfung kommen. Waren in den Konzepten aus dieser Rubrik nur jeweils 1 Mrd. Euro veranschlagt, so wird nun beinahe mit dem doppelten (1,9 Mrd €) gerechnet. (Siehe Abb. 3)

Aber nicht nur bei der Betrugsbekämpfung scheint Skepsis angebracht, ob das Gegenfinanzierungsvolumen tatsächlich erreicht werden wird. Soll doch eine Milliarde Euro bei Verwaltung und Föderalismus eingespart werden. Das ist viel Geld, insbesondere wenn wir uns vor Augen führen, dass Verwaltungskosten in erster Linie Personalkosten sind und Personal nicht von heute auf morgen reduziert werden kann. Ein großer Teil der geplanten Gegenfinanzierung steht damit bereits jetzt auf äußerst wackeligen Beinen. Und das Risiko, dass auf die Steuerreform rasch ein Sparpaket – mit entsprechend negativen verteilungspolitischen Konsequenzen – folgt, ist damit evident.

## ERFREULICHE DETAILS

Neben der Registrierkassenpflicht, der Eindämmung des Mehrwertsteuerbetrugs sowie der »Eindämmung von Sozialmissbrauch« ist unter dem Titel »Steuerbetrugsbekämpfung« auch die Einführung eines zentralen Bankkontenregisters und damit die Abschaffung des Bankgeheimnisses geplant. Letzteres ist erfreulich, die Einführung eines zentralen Kontenregisters ist nicht nur ein besonders effektives Instrument um Steuerbetrug zu bekämpfen, sondern gleichzeitig auch eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung von Vermögenssteuern. (Im Nationalratswahlkampf 2013 hatte die Sektion 8 eine eigene Kampagne zum Thema gestartet: [www.bankentransparenz.at](http://www.bankentransparenz.at).) Mit der durch Umstellung der Grunderwerbsteuer von Einheits- auf Verkehrswerten verbundenen Bewertung von Immobilien kommt noch ein zweiter Baustein hinzu, welcher für die Einhebung von Vermögenssteuern nötig sein wird.

## UNTERM STRICH

Die großen GewinnerInnen dieser Steuerreform sind nicht nur die Lohnsteuerpflichtigen sondern auch die Vermögenden unter den Vermögenden. Die Erhöhung von KEST und Immobilienwertsteuer trifft zwar Vermögende stärker, keine Vermögensteuer und keine Erbschafts- & Schenkungssteuer bedeuten jedoch, dass die massive Ungleichverteilung – in Österreich verfügen die Top1% über 23% und die Top10% über

ABBILDUNG 1

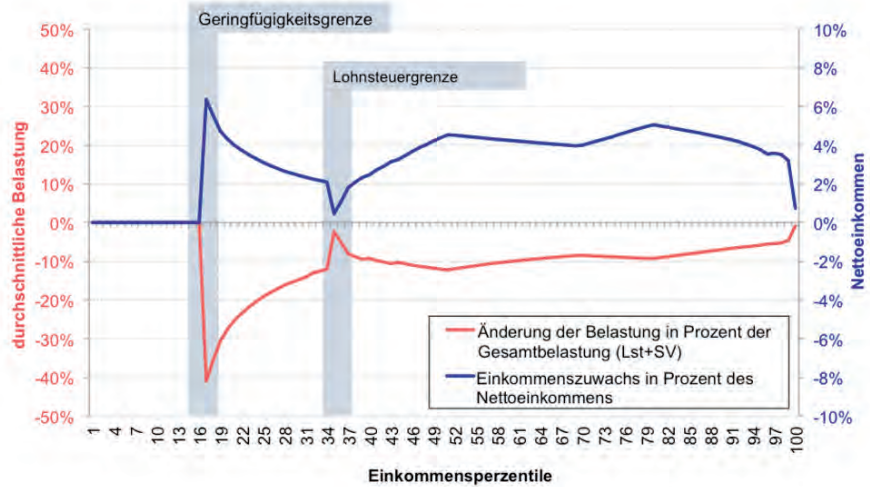
Einkommensteuertarif vor und nach der Steuerreform

Tarifmodell NEU		Status Quo	
Stufe bis	Steuersatz	Stufe bis	Steuersatz
11.000	0%	11.000	0%
18.000	25%	25.000	36,50%
31.000	35%	60.000	43,21%
60.000	42%	Darüber	50%
90.000	48%		
1 Mio. €	50%		
Über 1 Mio. €	55%		

Quelle: SPÖ, jeweils linke Spalte: zu versteuerndes Jahreseinkommen in € nach Abzug der SV-Beiträge und ohne Berücksichtigung der begünstigten Besteuerung des 13./14. Jahresgehalts

ABBILDUNG 2

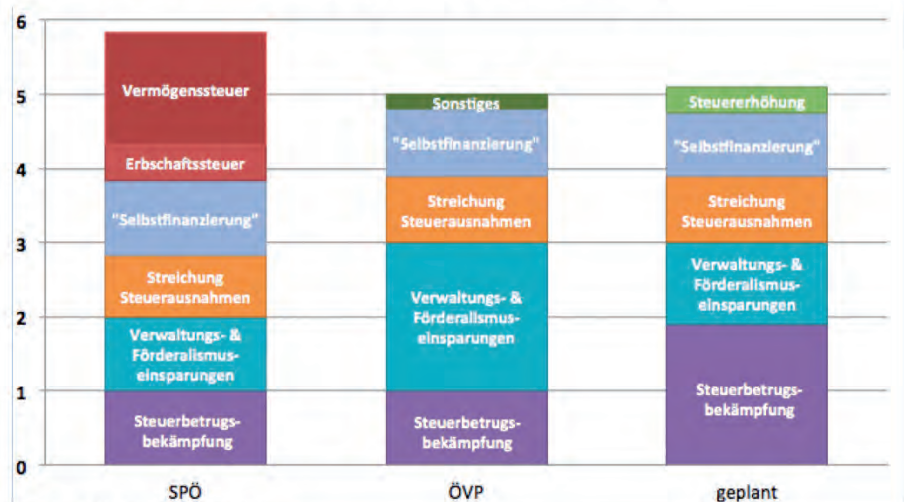
Auswirkungen der Steuerreform auf die durchschnittliche Belastung (SV+Lst) und das verfügbare Nettoeinkommen nach Einkommensperzentilen



Quelle: Statistik Austria, Einkommensteuerdaten für das 2013, eigene Berechnungen; 1. Perzentile ist jenes


ABBILDUNG 3

Gegenfinanzierungsvorschläge und geplante Umsetzung in Mrd €



Quelle: APA, eigene Darstellung

61 % des Gesamtvermögens – bestehen bleiben wird. Das Ziel ArbeitnehmerInnen zu entlasten wurde erreicht, von einer echten Änderung der Steuerstruktur ist man allerdings weit entfernt. Mit der Bewertung von Immobilien und der Einführung eines zentralen Kontoregisters werden zumindest die technische Grundlagen für die Vermögenssteuer geschaffen.

Um zu verhindern, dass dies eine Steuerreform auf Pump wird, dürfen die geplanten Maßnahmen – insbesondere im Bereich der Steuerbetrugsbekämpfung – nicht aufgeweicht werden sondern müssen rigoros umgesetzt werden. Hält die angekündigte Gegenfinanzierung nicht, so ist das nächste Sparpaket – mit entsprechend negativen verteilungspolitischen Konsequenzen – vorprogrammiert. An Erbschafts- & Schenkungsteuer sowie an einer allgemeinen Vermögensteuer führt jedenfalls auch in Zukunft – aus ökonomischer, verteilungspolitischer aber vor allem auch aus sozialdemokratischer Sicht – kein Weg vorbei. 

**ANGELIKA GRUBER, PATRICK PECHMANN  
UND JOSEF THOMAN**

sind ÖkonomInnen in Wien und Mitglied der Sektion 8 in der SPÖ  
Alsergrund. Dieser Beitrag ist die erweiterte Fassung eines Beitrags der  
ursprünglich auf [blog.sektionacht.at](http://blog.sektionacht.at) erschienen ist.



Linda Christanell, Karin Mack, Margot Pilz, aus der Fotoinstallation »Wir über uns«  
1982, Schwarzweißfoto | black-and-white photograph, 30 x 45 cm



# DIE ACHZIGER JAHRE



Otto Zitko, Ohne Titel, 1989, Ruß auf Hinterglas, Eisenrahmen | grime on reverse glass, iron frame  
110 x 130 cm

# Dankbarkeit als politische Kategorie

Die von der Regierung präsentierte Steuerreform hat nicht nur ökonomische Bedeutung, auch ihre politischen Auswirkungen sind bemerkenswert. Eine Betrachtung der politischen Ableitungen dieser Steuerreform von Ludwig Dvořák.

**D**a schreibe Werner Faymann »Gerechtigkeit« und »Millionärssteuer« auf jedes herumstehende Plakat, werde zum rhetorischen Vorkämpfer gegen TTIP und die Anhebung des Frauenpensionsalters und trotzdem liebe ihn seine Partei nicht, ja im Gegenteil, sie strafe ihn beim Parteitag auch noch mit hundert Streichungen ab. Keine vier Monate ist es her, da mussten sich sozialdemokratische FunktionärInnen von den Medien der Undankbarkeit zeihen lassen.

Nun bietet die Steuerreform eine Gelegenheit zu sehen, wie begeisterungsfähig der sozialdemokratische und gewerkschaftliche FunktionärInnenapparat in Wirklichkeit ist, wenn es eine vage Möglichkeit gibt, an einen Erfolg zu glauben. Angesichts des Volumens der Steuerreform und der weitestgehenden Umsetzung des ÖGB-Tarifmodells findet außer den »üblichen Verdächtigen« in den Jugendorganisationen kaum jemand in der Partei etwas daran auszusetzen, dass die Vermögenssteuer wieder nicht durchgesetzt werden konnte; dass die Gegenfinanzierung teilweise eher in Überschriften besteht, deren konkrete Ausgestaltung noch einige finanzielle Fragen aufwerfen wird; und die ÖVP wohl auch bewusst den Eindruck hinterlässt, dass die Steuerreform die Vorleistung für die nun auch finanziell dringender werdenden »Reformen« im Pensions- und Sozialbereich wird.

Fast fünf Milliarden für die Tarifreform lassen Feierlaune aufkommen, die Vorsitzendendebatte augenblicklich verstummen und selbst die Vorsitzende der als VorzeigekritikerInnen geltenden Sektion 8 der SPÖ Alsergrund bemüht sich zu argumentieren, dass das Verhandlungsergebnis ohne jede Substanzsteuer und einem minimalen Anteil an sogenannten »Zuwachssteuern« ein erfolgreicher Schritt auf dem konsequenten Weg Richtung Vermögenssteuern sei.

## DJANGO IN CHAINS

Wie undankbar scheint demgegenüber die ÖVP: Da verhindern Mitterlehner und Schelling erfolgreich die Geißel der Vermögenssteuer, und wie dankt es der einer von der ÖVP befürchteten bolschewistischen Enteignung ihres Eigentums nur knapp entronnene Mittelstand? Mit Anti-Mitterlehner-Demonstrationen der Hotel- und Gastronomiebranche vor dem Kanzleramt! Doch die scheinbare Widersprüchlichkeit ist bei näherer Betrachtung rasch erklärt. Tatsächlich hätte selbst eine Vermögens- oder eine Erbschaftssteuer nach den von SPÖ und ÖGB präsentierten Modellen die demonstrierenden Wirte und Hoteliers nur einen Bruchteil dessen gekostet, was ihnen nun abverlangt wird.

Denn angesichts der Verschuldungsquoten der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft und der hohen Nettovermögens-Freibeträgen in den Modellen ist wohl zu bezweifeln, dass der Großteil von diesen Steuern überhaupt betroffen gewesen wäre. Demgegenüber werden die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung nicht nur Kosten für eine Registrierkasse verursachen, sondern auch in vielen Betrieben eine (dringend gebotene!) Umstellung der Geschäftspraktiken erfordern. Fast ein Drittel der Gegenfinanzierung entfallen auf Maßnahmen, die die Kernklientel der ÖVP nicht nur in Angstfantasien von Parteisekretariaten, sondern im realen Alltagsleben betreffen werden.

In anderen Worten: Bevor sie die Besteuerung der Vermögen der wirklich Reichen zugelassen hätte, hat die ÖVP lieber die (keineswegs legitimen) Interessen ihrer Stammklientel geopfert. Unverständlich ist es, wenn man auch in SP-Regierungskreisen die Gegenfinanzierung durch Betrugsbekämpfung zu einer überwiegenden Belastung der »Reichen« schönzureden versucht. Die Bekämpfung von Schwarzgeld-

praktiken ist eine sehr sinnvolle Maßnahme, weil die Verknappung der Schwarzgeldeinnahmen etwa auch der von ArbeitnehmerInnenvertretungen mit Sorge beobachteten Tendenzen zur Schwarzbeschäftigung entgegenwirkt. Selbst mit der größten Fantasie ist aber der Wirt, der nur jedes zweite Getränk offiziell abrechnet, kaum als Superreicher zu definieren. Wenn man untersucht, wessen Klasseninteressen die ÖVP bei dieser Steuerreform vertreten hat, dann kann man nur mit Hans Niessl zum Schluss kommen, dass der Schutz der Millionäre das eigentliche Ziel der ÖVP im Rahmen dieser Steuerreform war. Ein Ziel, das sie auch erreicht hat und für das sie auch bereitwillig die Kleinunternehmer bezahlen lässt. Ob die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung tatsächlich die angepeilten Volumina einspielt, steht allerdings auf einem anderen Blatt – und das wird wohl noch zum Problem der SPÖ.

### OPPOSITION? WELCHE OPPOSITION?


An der Zufriedenheit in der SPÖ über die Steuerreform konnte jedenfalls die Opposition wenig ändern. Kein Wunder. Wer die ersten Reaktionen auf das Regierungskonzept verfolgte, musste den Eindruck gewinnen, die führenden Medienplattformen des Landes seien von einer Satirezeitschrift gekapert worden. Angesichts einer geplanten Einnahmenerhöhung aus der Grunderwerbssteuer um 35 (!) Mio. Euro sprachen Grundbesitzer-Lobbyisten von einem »Angriff auf das Eigentum« und damit auf eine Grundfeste einer »freien demokratischen Gesellschaft«. Die NEOS erkannten in der Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf Dividenden um 2,5% eine Bedrohung für Österreichs Familienunternehmen. Und Team Stronach und FPÖ beklagten in erster Linie eine »Tiersteuer« durch die Streichung des begünstigten Mehrwertsteuersatzes für Hunde- und Katzenfutter. Einmal mehr bewiesen Österreichs Oppositionsparteien, dass schlechte Umfragewerte der Regierungsparteien keineswegs der besonderen Attraktivität der oppositionellen Alternativen geschuldet sind.

### PROBLEME VERSCHOBEN, NICHT GELÖST

Bei aller Freude über die innerparteilichen Verwerfungen in der ÖVP und so bereitwillig SPÖ- und ÖGB-FunktionärInnen die Steuerreform bejubeln – die politische Einigung hat viele Probleme nicht gelöst, sondern nur verschoben. Neben der Frage, ob Einnahmen aus der Steuerbetrugsbekämpfung und der Selbstfinanzierung tatsächlich im kalkulierten Ausmaß sprudeln, betrifft dies auch die die 1,1 Milliarden »sinnvollen Einsparungen« in der Verwaltung. Entgegen der schon zum Standardrepertoire von Mediendebatten gehörenden Darstellung, Verwaltungsreformen könnten alle Finanzprobleme

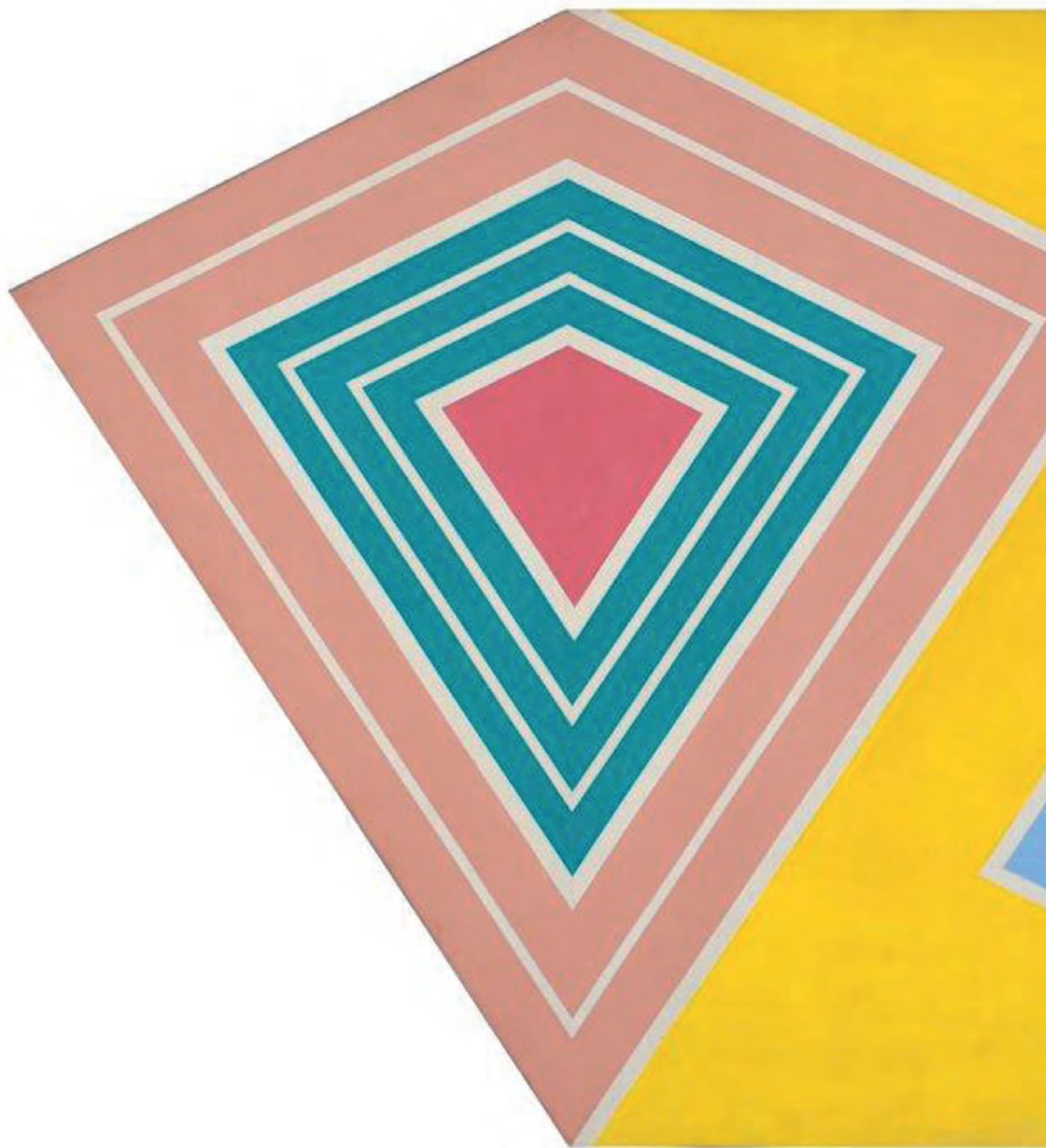
lösen, sind sie bei seriöser Betrachtung eher als Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Dienste zu begreifen, die keineswegs die immer wieder verheißenen Milliardenbeträge freispielen (vgl Georg Feigl in ZUKUNFT 11/2010) – außer es werden Leistungen der öffentlichen Hand eingespart. Ob dies direkt durch den Bund erfolgt, oder ob Leistungskürzungen im Wege des Finanzausgleichs an Länder und Gemeinden weitergereicht wird, erscheint dabei aus Sicht der BürgerInnen wenig Unterschied zu machen. Die Bereitschaft, auf Vermögenssteuern als verlässliches Element einer soliden Gegenfinanzierung zu verzichten wird politisch zum Bumerang für die SPÖ werden, wenn dem Druck der ÖVP nach Kürzungen bei Pensionen, und sozialen Diensten des Bundes, der Länder und Gemeinden nachgegeben wird. Sehr schnell kann dann auch die allgemeine Zufriedenheit mit der »größten Steuerreform aller Zeiten« verflogen sein.

Es gehört zu den tatsächlichen Ungerechtigkeiten in der Politik, dass auch viele derer, die heute jegliche Bedenken vom Tisch wischen, heftig protestieren werden, wenn trotz Rekordarbeitslosigkeit das AMS-Budget sinkt, Pensionen gekürzt oder auch sinnvolle Förderungen dem Sparstift zum Opfer fallen.

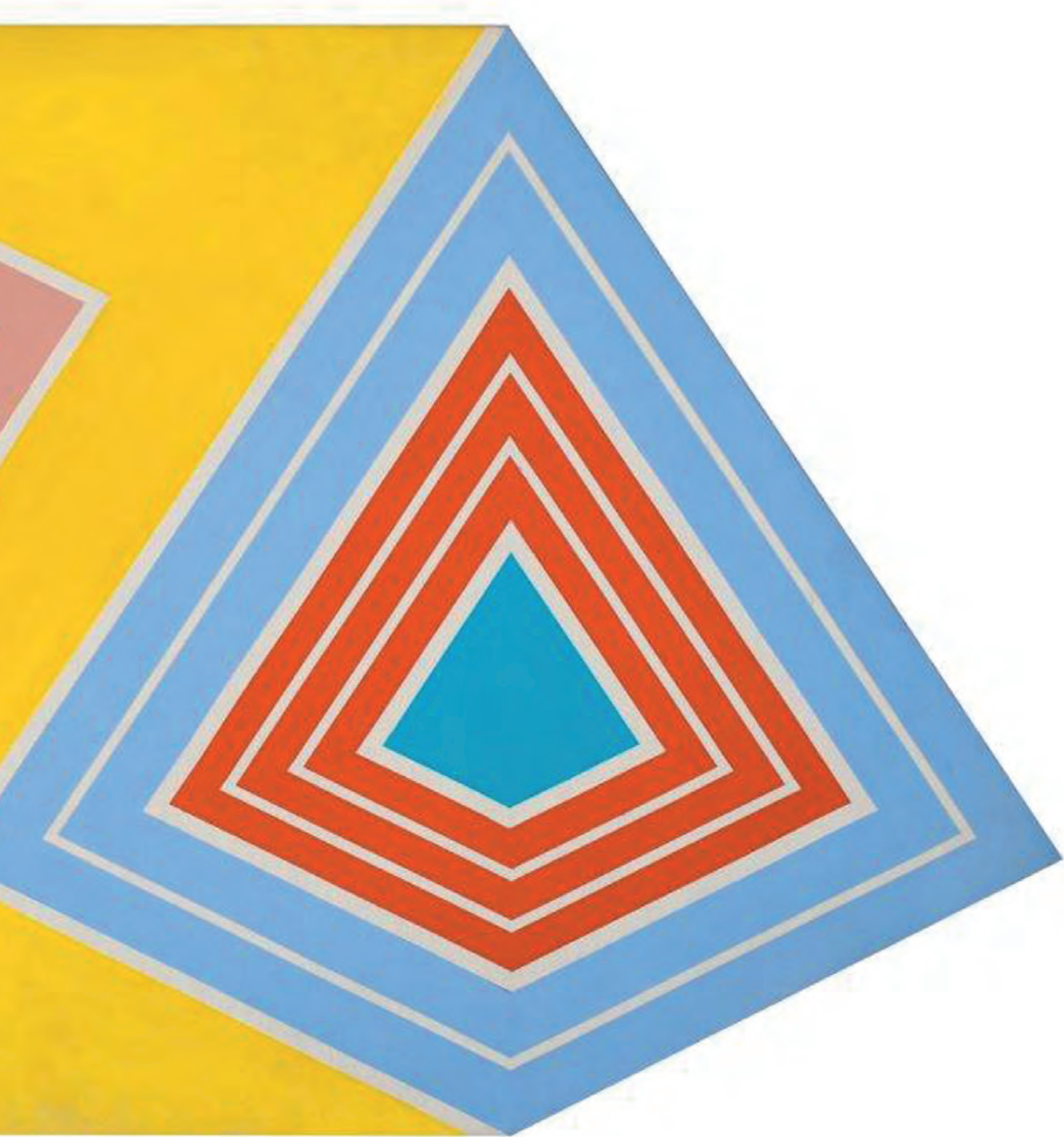
Es steht außer Frage, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt, Maßnahmen zur Konjunkturbelebung erfordert. Eine Steuerreform ist ein mögliches Instrument dafür. Eine Tarifreform ist aber weder ein Garant für gewonnene Wahlen, noch ein Ersatz für eine politische Strategie. Die SPÖ wäre schlecht beraten sich auf dem scheinbaren Erfolg auszuruhen und zu hoffen, die Steuerreform werde ihr die Verluste der letzten Jahre kompensieren. Sie hat ihr in gewisser Weise den Weg dorthin sogar erschwert. Denn eines steht fest: Die nächste Plakatwelle der SPÖ wird eine Alternative zum Evergreen Millionärssteuer brauchen. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



# DIE ACHZIGER JAHRE



Tim Sharp, A system of double insecurity, 1980, Acryl und Alkyde auf Leinwand auf Hartfaserplatte gespannt | acrylic and alkyds on canvas mounted on hardboard, 6-eckig | hexagonal, 96 x 185 cm

# Von Wählerparteien zu Kümmerer- und Bewegungsparteien?

Für die ZUKUNFT werfen Jens Gmeiner und Matthias Micus einen nachprüfenden Blick auf eine von ihnen erstellte europäische Vergleichsstudie, mit welchen Maßnahmen von Organisationsreformen die sozialdemokratischen Parteien in Europa wieder »raus ins Leben« kommen wollen. Dabei untersuchen sie Ansätze, Probleme und Hindernisse beim Stopp des europaweiten organisatorischen Abwärtstrends. Im zweiten Teil ihres Beitrags – Teil 1 erschien in ZUKUNFT 02/2015 – gehen sie näher auf soziale Grundlagen und Perspektiven dieser Prozesse ein.

**A**ls vielversprechend bewerteten wir bei unserer europaweiten Vergleichsstudie zu sozialdemokratischen Organisationsreformen im Jahr 2010 den Ansatz, die Sozialdemokratien zu Kümmererparteien zu machen. Darunter verstanden wir Aktivitäten, die darauf hinausliefen, die lokalen Parteigliederungen zu stärken, auf die Menschen wieder spürbarer zuzugehen, vor Ort besser sichtbar und in der Öffentlichkeit präsenter zu sein.

Und damit ließ sich zudem an das geschichtliche Herkommen der sozialdemokratischen Parteien anknüpfen, waren diese doch – gegründet als Vertretungsagenturen von Arbeitern, deren wirtschaftliche Unselbständigkeit in der Industriegesellschaft von Unternehmern ausgenutzt wurde, deren Einzelstimme in den abgestuften Wahlrechten der konstitutionellen Monarchien wenig zählte und deren Aufstiegswege in der Klassengesellschaft des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts blockiert waren – traditionell Mitglieder- und Kümmererparteien.

Der europäische Vergleich zeigt die beträchtlichen Chancen, die einer Stärkung der Ortsvereinsebene innewohnen. Kümmererparteien befinden sich international im Aufwind. Über die lokale Ebene kann Vertrauen hergestellt werden, hier begegnen die Parteien den Bürgern konkret, durch die Ortsvereinsarbeit kann Ressentiments und dem Eindruck der Abgehobenheit von Parteien entgegengewirkt werden. Wichtig sind, so kann man formulieren, drei Dinge: 1. Präsenz, 2. Präsenz, 3. Präsenz. Die Partei muss im Alltagsleben, bei den konkreten Problemen der Bürger wahrnehmbar, erfahrbar sein. Das kann mittelbar geschehen, über zunächst un-

politisch erscheinende Aktivitäten und Tätigkeitsfelder – wie in Schweden mit den Volkshäusern, die vielerorts als Kulturclubs, Jugendhäuser und Freizeitstätten fungieren; oder direkt durch Hausbesuche wie in norwegischen Modellkommunen; oder durch intensive Parteipräsenz in Person von Mediatoren, Ordnungshütern, Ansprechpartnern, kurzum: die reaktivierte Funktion des leiblichen sozialdemokratischen Hausbesorgers anstelle des anonymen Call-Centers in den Wiener Gemeindebauten.

Als *impulso democrático* bezeichnet beispielsweise der spanische PSOE die Öffnung der Partei vor Ort, das Zugehen auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse. Andere Parteien praktizieren ähnliches unter anderen Namen: Norwegens Sozialdemokratie organisierte im Rahmen einer *Küsten-Offensive* Auftritte von Spitzenpolitikern in entlegenen Regionen und knüpft Bürgerkontakte durch Hausbesuche. Die Dänen veranstalteten Kampagnenwochen in einer wachsenden Zahl von Wahlkreisen, auch sie setzen dabei auf Sympathiewerbung durch Face-to-face-Kontakte, geduldiges Zuhören, öffentliche Präsenz – und machen damit letztlich dasselbe wie die PvdA unter der Parole *Mehr Rot auf die Straße*.<sup>1</sup>

Die mit ihr verbundene Erfolgsaussicht legt Kümmererstrategien nahe – gerade wenn und insofern die sozialdemokratischen Parteien am Boden liegen. Kein Zufall daher, dass Sigmar Gabriel just nach der verheerenden Wahlniederlage der SPD von 2009, auf dem Bundesparteitag der SPD in Dresden, ausrief: »Wir müssen raus ins Leben. Da, wo es laut ist, da wo es brodeln, da, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt!«

Als Kümmerer versuchten sich die Sozialdemokraten 2010 zu präsentieren, das Gleiche machen sie noch heute. Ja, stärker: Die Kümmererstrategie ist in der Zwischenzeit weiter zugespitzt worden zu einem »Bewegungskurs«. Die Selbstbeschreibung als Bewegung steht bei sozialdemokratischen Parteien aktuell hoch im Kurs. Als »Volksbewegungspartei« (*folkrorelsepartiet*) sieht sich die schwedische SAP – trotz ihrer Beziehungskrise zu traditionell parteinahen Institutionen sowie des anhaltenden Niederganges ihrer Vorfeldorganisationen und ihrer lange für selbstverständlich erachteten gesellschaftlichen Hegemonie.<sup>2</sup> Und die SPD sieht sich, auch hier allem Schwund zuwider, als »die große deutsche Demokratie- und Freiheitsbewegung (Hervorhebung, MM)«<sup>3</sup>. Das ist im Übrigen keine bloße Rhetorik. Tatsächlich bemühte sich zum Beispiel letztere im Bundestagswahlkampf 2013 durch Hausbesuche, Quartierstreffen, Wohnzimmergespräche und dezentralisierte Klartext-Veranstaltungen in einem aus der jüngeren Vergangenheit unbekanntem Ausmaß um Bürgernähe und Vor-Ort-Präsenz.

Die britische Labour Party schließlich hat für den Wahlkampf im Jahr 2015 kürzlich den leitenden Strategen der Präsidentschaftswahlkämpfe Barack Obamas in 2008 und 2012 als »senior strategic adviser« verpflichtet: David Axelrod. Schon in den 1980er Jahren hat er sich als Berater und Wahlkampfleiter »progressiver« und farbiger underdog-Kandidaten einen Namen gemacht, den damaligen Außenseiter Obama begleitete er seit dem Beginn der Vorwahlen 2008. Axelrod ist davon überzeugt, dass ein Wahlkampf dann am besten funktioniert, »wenn Menschen an der Basis und in lokalen Gemeinden mobilisiert werden, die verstehen, dass ihre ökonomische Zukunft auf einem Wahlzettel steht.«<sup>4</sup>

## ARBEITERVERLUST, POPULISMUS UND VERGREISUNG

Doch gerade die »gewöhnlichen Männer und Frauen«, die sozialdemokratische Kernaktivitas tut sich mit dem Verlust der alten Gewissheiten und Symbole im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts schwer mit ihren angestammten Parteien. Denn das war es ja, woraus Europas traditionsreiche Sozialdemokratien ihr Selbst- und Sendungsbewusstsein gezogen hatten –, dass sie fest zu wissen meinten, wer das Subjekt des Geschichtsprozesses war und wie der Königsweg aussah, der zum eindeutig identifizierten historischen Zielpunkt führte. Nämlich: Die industrielle Arbeiterklasse, die die Gesellschaft und Wirtschaft über den Staat planvoll und sukzessive in den dann von Klassenprivilegien befreiten demokratischen Sozialismus lenkte.

Arbeiterklasse – Planungsstaat – demokratischer Sozialismus: Das waren nach den 1970er Jahren bald nur noch Artefakte oder Schimären. Doch die Sozialdemokraten hatten das sich selbst gegenüber lange geleugnet. Nicht ganz wenige Interpreten der europäischen Sozialdemokratie hatten infolgedessen im letzten Vierteljahrhundert den Sozialisten zugerufen, sich doch sozial grundlegend zu modernisieren, weg von den proletarischen Wurzeln und hin zu den neuen Mittelschichtgruppierungen. Diesem Rat sind die meisten sozialdemokratischen Parteien gefolgt, was angesichts der eindeutigen soziologischen Entwicklungstendenzen in den neokapitalistischen Gesellschaften auch nachvollziehbar war. Indes: Die Anstrengungen der Sozialdemokratien, das Signum der Arbeiterpartei abzustreifen, erwies sich nahezu als übererfolgreich, wie ein Blick etwa auf die dänische Sozialdemokratie zeigte, wo der Anteil der Arbeiter, die für eine der beiden linken Parteien stimmten, zwischen 1966 und 2001 um fast 40 Prozent zurückgegangen war. Den Nutzen daraus zog die populistische Rechte in Gestalt der Dänischen Volkspartei.

Aber Dänemark steht eben keineswegs allein. Heftig fiel der Lagerwechsel der Arbeiterschaft dazu und insbesondere in Österreich aus, das Land mit der über Jahrzehnte am besten organisierten sozialistischen Arbeiterkultur überhaupt. 1979 erfuhr die SPÖ noch den Zuspruch von zwei Dritteln der Arbeiter des Alpenstaates; 20 Jahre später hatte sich der Anteil auf ein Drittel reduziert. Im gleichen Zeitraum verzeichnete die rechtspopulistische FPÖ ein Wachstum ihrer Arbeiteranteile von 4 auf 47 Prozent. Auch bei den letzten Nationalratswahlen in Österreich Ende 2013 lagen die Rechtspopulisten im Arbeitersegment vor der SPÖ – Tendenz steigend. Analog verlief die Entwicklung in Frankreich, wo das Proletariat ebenfalls mehrheitlich die politische Seite gewechselt hat.<sup>5</sup> Ein Ferment sozialistischer Veränderung war es nicht mehr. Das traf auch auf die Arbeiterklasse in Norwegen zu, die zuletzt zu etwa vierzig Prozent für die rechtspopulistische FrP stimmte.

Man sollte sich, empfehlen Matthew Goodwin und Robert Ford für Großbritannien, die rechtspopulistische UKIP nicht primär als Partei vorstellen, »sondern als ein Symptom für tiefere soziale und Wertekonflikte in Großbritannien«<sup>6</sup>. Goodwin und Ford zufolge sind die typischen UKIP-Wähler keineswegs enttäuschte, ehemals konservativ wählende Teile der bürgerlichen Mittelschicht. Sie entsprechen im Gegenteil der typischen Wählerklientel rechtspopulistischer Parteien – »alt, Arbeiterklasse, schlecht ausgebildet, männlich und getrieben von ernsthaften Sorgen nicht nur über die EU, sondern

darüber, wie Labour und die Konservativen Fragen der Immigration handhaben, über die Finanzkrise und den Zustand unserer Politik im Allgemeinen«<sup>7</sup>.

Goodwin und Ford konstatieren, was eigentlich nicht sonderlich neu ist, nämlich dass es mittlerweile einen tiefen Wertekonflikt zwischen der Mittelklasse und den »left-behind voters« der sozial und kulturell Abgehängten gebe. Dieser Konflikt sei auch auf eine Repräsentationskrise zurückzuführen, also darauf, dass der Anteil der Unterhausabgeordneten, die eine nicht-akademische Berufsausbildung haben, seit 1979 von 98 auf 25 zusammengeschrumpft sei. Als ein besonders drastisches Beispiel für die Tendenz, elitäre Labour-Kandidaten ins Parlament zu hieven, die keinerlei Verbindung zu ihrem Wahlkreis haben, führen die Autoren die Nominierung von Stephen Kinnock – des Ehemannes der dänischen Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt und Sohnes des ehemaligen Labour-Vorsitzenden und Reformers Neil Kinnock – an. Aus der Sicht von Goodwin und Ford fahren die Sozialdemokraten mit solchen Personalentscheidungen eine gefährliche Taktik, die sie vielleicht keine sicheren Sitze, aber auf Dauer Vertrauen kosten wird, »denn die größten Konzentrationen gescheiterter, sozial konservativer und politisch entfremdeter Wähler, die die Kernwählerschaft von UKIP bilden, finden sich in sicheren Labour-Wahlkreisen.«<sup>8</sup>

In der niederländischen PvdA wurde unlängst die bitter-sarkastische Frage aufgeworfen, wann wohl mit »dem Auszug des letzten Arbeiters aus der Arbeiterpartei«<sup>9</sup> zu rechnen sei. In die gleiche Richtung geht die Argumentation norwegischer Publizisten, für die sozialdemokratische Parteien mittlerweile die politischen Vertretungen der Ausbildungsmittelklasse sind, welche mit ihrem steten Ruf nach *Bildung, Wissensgesellschaft, Investitionen in Forschung* komplett an den Bedürfnissen des unteren Drittels vorbeigieren.<sup>10</sup>

Zusammen: Die potenziellen Wählerschichten der demokratischen Linken in Europa sind kulturell segmentiert, sozial zerklüftet, politisch dadurch gespalten. Jedenfalls trifft der Begriff der Arbeiterpartei längst nicht mehr die soziologischen Realitäten. Ein britischer Politologe, Paul Whiteley, ist in einer empirischen Erhebung Anfang 2008 zu dem Ergebnis gekommen, dass 59,4 Prozent der Labour-Mitglieder zu den Gruppen mit dem höchsten beruflichen Status (*Professionals* und *Managers*) gehören, während nur 13 Prozent der Parteiangehörigen den Berufsgruppen *Skilled manual workers* oder *Semi or unskilled manual workers* zuzurechnen sind.<sup>11</sup> Studien

aus Frankreich bestätigen diesen Befund.<sup>12</sup> Nur fünf Prozent der Mitglieder in der Parti Socialiste lassen sich der Arbeiterschaft zurechnen; in der französischen Gesellschaft insgesamt liegt der Arbeiteranteil bei 27,8 Prozent. Hingegen verfügen 66 Prozent der PS-Mitglieder über das Abitur, im Vergleich zu den Franzosen generell mit lediglich 29 Prozent. In der Schweiz wählten zuletzt gar 40 Prozent der Großverdiener die Sozialdemokratische Partei, während die Arbeiterschaft überwiegend für die rechtspopulistische SVP votierte.

Insgesamt ist die Tendenz zur zunehmenden Akademisierung und Vermittelschichtung gerade des Mittelbaus und der Führungspersonen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien seit den 1970er Jahren schwer zu leugnen. Zugleich sind die Parteien mit den Gewinnern der Tertiärisierung und Bildungsexpansion gealtert. Sozialdemokratische Parteien werden 2010 generell von den über Sechzigjährigen dominiert. Auch in den Jugendverbänden sind die Rekrutierungsprobleme evident. In ausgesprochen hohem Maße Rentnerverbänden ähneln insbesondere die osteuropäischen Sozialdemokratien, die in ihren Ländern das Erbe der kommunistischen Staatsparteien angetreten haben. Die polnischen und ungarischen Sozialdemokraten sind aller punktuellen Mitgliedererweiterungen und Wahlerfolge zum Trotz im letzten Jahrzehnt wieder weitgehend auf ihren Ausgangsstatus als Parteien der nostalgischen Wendevertreter und ehemaligen kommunistischen Eliten zurückgefallen.

## FLÜGELLAHME ZERRISSENHEIT

Nur noch selten gelingt den Sozialdemokraten die generationen- und milieübergreifende Integration ihrer zunehmend disparaten und polarisierten gesellschaftlichen Zielgruppen. Und da, wo es noch ansatzweise gelingt, bleibt das Bündnis notorisch prekär. Paradigmatisch dafür ist die SAP Schwedens. Mit den in den letzten Jahren angewachsenen sozialen Disparitäten in der schwedischen Gesellschaft haben auch die Unterschiede in der Partei zugenommen, markante Konfliktstrukturen wurden dabei offengelegt. Dabei überlappen sich die schichtenbezogenen Diskrepanzen mit einer regionalen Kluft. Die größten Differenzen verlaufen zwischen den peripheren und urbanen Parteidistrikten der SAP, die nicht selten auch unterschiedliche sozialstrukturelle Profile aufweisen. Während sich die sozialdemokratischen Parteivertreter aus den gut situierten urbanen Mittelklasse-Arealen meist für die Zulassung von Gewinnen privater Dienstleister im öffentlichen Sektor, für niedrigere Steuern und Einsparungen bei den Versicherungssystemen aussprechen, kommen die Traditionalisten



eher aus den peripheren Gebieten Schwedens, wo die Bevölkerung von höheren Steuern für Besserverdiener und generösen Lohnersatzleistungen stärker profitiert.<sup>13</sup> »Die heutigen Sozialdemokraten leben mehr als früher«, so der Publizist Aron Etzler, »in unterschiedlichen sozialen Wirklichkeiten.«<sup>14</sup>

Nach dem Machtverlust 2006, als die SAP ein integrierendes Zentrum in Form der Staatskanzlei verlor, bekamen zudem die Parteidistrikte der SAP noch mehr Spielraum.<sup>15</sup> Die eigentlich sehr hierarchisch geprägte SAP, die früher sehr geschlossen nach außen agierte, hat seit der Wahlniederlage 2006 sichtbar Probleme damit, die verschiedenen Parteidistrikte zusammenzuhalten und deren Interessen zu bündeln. Ein Blick auf zwei der drei letzten Parteivorsitzenden und deren inhaltliche Schwerpunktsetzungen zeigt das anschaulich.

Mona Sahlin, die Parteivorsitzende von 2007 bis 2011, die dem rechten Flügel der SAP zuzurechnen ist, setzte auf eine neue Schulpolitik mit früherer Notengebung, Gewinne für Privatanbieter im öffentlichen Sektor wollte sie erlauben. Sahlin rekrutierte sich aus dem rechtslastigen Distrikt Stockholm Land, wo ein Großteil der Parteilite beheimatet ist.<sup>16</sup> Nach der Wahlniederlage 2010 und Kritik aus dem Jugendverband sowie dem linken Flügel der Partei musste die in gewerkschaftsnahen Kreisen unbeliebte Sahlin zurücktreten.

Sahlins Nachfolger, der eher unbekanntere Verteidigungsexperte Håkan Juholt, der nur zehn Monate amtierte, stammt demgegenüber aus dem peripheren Parteidistrikt Kalmar. Er schlug eine ganz andere Richtung ein, steuerte zumindest rhetorisch einen eher linkslastigen, traditionellen Kurs und wettete gegen den Ausverkauf und die privatwirtschaftliche Öffnung des öffentlichen Sektors. Am Ende stolperte Juholt auch darüber, dass gezielt Verfehlungen aus den eigenen Reihen an die Presse weitergegeben wurden.<sup>17</sup> Daniel Suhonen, der damalige Berater von Juholt und wie dieser dem linken Flügel der SAP zuzurechnen, hat vor kurzem ein Buch publiziert, wo er die Absetzung von Juholt hinter den Kulissen minutiös darlegt.

Für Suhonen liegt der Absetzung von Juholt ein Putsch des rechtslastigen Flügels um Mona Sahlin sowie von Teilen der Parteiführung zugrunde.<sup>18</sup> Man muss nicht allen Ausführungen Suhonens zustimmen, um festzustellen, dass die SAP nach dem Machtverlust 2006 und dem Rücktritt von Mona Sahlin 2011 eine destruktive Parteikultur ausgebildet hat, die von Feindschaft, Intrigen und Blockaden geprägt war.

Dadurch erklärt sich vielleicht die weitgehende Einigkeit, die in den Redaktionsstuben von Zeitungen und Magazinen in der Ablehnung solcher Gruppenbildungen wie der neuformierten »Magdeburger Plattform« linker deutscher Sozialdemokraten besteht. Flügel widersprechen allem, was die sogenannte moderne Politik auszeichnet. Assoziiert werden sie mit Unruhe, Dogmatismus, Streit. Wo es in der Mediengesellschaft auf Geschlossenheit ankommt, stellen sie einen innerparteilichen Konflikt her; statt die Effizienz des Regierungshandelns zu erhöhen, streuen sie Sand in das gouvernementale Getriebe; sie verorten sich als »links« oder »rechts« und reklamieren dadurch in Zeiten von Alternativlosigkeit sowie »richtiger« und »falscher« Politik Kategorien für sich, die als ewiggestrig verschrien sind.

Freilich ist dieses Verdikt über Parteiflügel bemerkenswert ahistorisch. In ihren Glanzzeiten verfügten die Volksparteien gleich über eine ganze Vielzahl kräftiger, selbstbewusster Flügel. Ja, mehr noch: Die Parteiflügel schufen überhaupt erst die Grundlage für die Ansprache heterogener Wählergruppen, wie sie für Volksparteien charakteristisch ist. Die Verankerung in unterschiedlichen Bevölkerungskreisen, ihre gesellschaftliche Erdung und Verwurzelung erreichen Parteien über ihre Parteiflügel. Diese sind Horchposten in die Gesellschaft, Seismographen. Wenn Parteien diese Seismographen nicht mehr haben, dann verlieren sie ihre soziale Verwurzelung, dann büßen sie ihr Gespür für Veränderungen bei den Wünschen, Sorgen und Bedürfnissen ihrer Zielgruppen ein.

Indes haben die heutigen Parteiflügel mit ihren geschichtlichen Vorgängern nurmehr wenig gemein. Der (rechte) Seeheimer Kreis und das (zentristische) Netzwerk Berlin nicht anders als auf der Linken die Demokratische Linke 21 sind Gründungen der höheren Organisationsebenen, ohne Bezug zur Parteibasis, getragen von der Parteiprominenz der Landes- und Bundespolitik. Sie sind Dachorganisationen ohne Unterbau, das Netzwerk Berlin trägt den Bezug zur Bundeshauptstadt sogar im Namen. Auch in substantieller Hinsicht sind die Parteiflügel im 21. Jahrhundert bloß noch Schrumpfformen. Sie dienen vor allem als Karrieresprungbretter, als Hausmächte, die dafür sorgen, dass ihre Mitglieder bei Postenverteilungen nicht leer ausgehen. Entsprechend hoch halten sie ihre Erfolge in der Personalpolitik, dementsprechend uninspiriert wirken vielfach ihre inhaltlichen Forderungen.

Das zeigt sich auch bei der neugebildeten Magdeburger Plattform. Wie gehabt prangern ihre Sprecher die zunehmenden

de soziale Ungerechtigkeit an, fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und plädieren für eine keynesianische Investitionspolitik – das alles mit den abgestandenen Parolen von anno dazumal. Eine überzeugende Alternative zur Regierungspolitik, die der CDU nützt, die SPD dagegen im Zustimmungstal verharren lässt, kann aus solchen Formeln jedenfalls nicht destilliert werden.

## POST-HEROISCHE FÜHRUNG

So verzerrt das Urteil über Flügel anmutet, so einseitig sind womöglich auch die Verdikte über das gegenwärtige Führungspersonal sozialdemokratischer Parteien. Heftig und beißend wird über die aktuellen politischen Führer gespotet. Diese seien eine »Generation ohne Schicksal«<sup>19</sup>. Wo ältere Jahrgänge, welche die Kriegszeit noch am eigenen Leib erlebt hatten, bittere Krisen durchlitten und in diesen Momenten zeigen mussten, was in ihnen steckt; während jene, welche die Schrecken von Bomben und Zerstörung, Vaterlosigkeit und Gefangenschaft erfuhren, frühzeitig »Reife und Tiefe des Charakters« entwickelten, da zeigten die Nachgeborenen, dem verbreiteten Urteil zufolge, ihrer relativ behüteten Kindheiten wegen eine größere Oberflächlichkeit und ein geringer ausgeprägtes Selbstbewusstsein. Statt klaglos die mit der Elitezugehörigkeit verbundenen Pflichten zu akzeptieren, nähme folglich auch in Spitzenpositionen der Wunsch nach Selbstverwirklichung zu. Ihre Ämter würden heutige Toppolitiker durch leichthändige Rücktritte aus nichtigen Anlässen entwerten. Vor allem aber wären sie »eher blaß, ziemlich glatt und allzu geschliffen, bisweilen beamtenhaft, ohne Format«<sup>20</sup>.

Dementsprechend meint beispielsweise Steve Richards, ein einflussreicher politischer Kommentator des *Independent*, der neuerdings auch öfter für *The Guardian* schreibt, dass Ed Milibands bereits mehrfach zitierte Unions Speech im Sommer 2013 abermals eines der größten Probleme des Labour-Vorsitzenden offenbart habe: die Unfähigkeit, einen originalen und authentischen Stil zu prägen, der sich von dem Tony Blairs unterscheidet. Alle drei großen Wahlsieger des Fernsehzeitalters – Harold Wilson, Thatcher und eben Blair – hätten eine solche persönliche Note besessen, was auch daran liege, dass sie, im Gegensatz zur neuen Politikergeneration, einen hindernisreichen Parcours mit vielen Zwischenstationen zu durchlaufen hatten, bevor sie an die Parteispitze gelangten und ihre ersten großen politischen Erfahrungen im Kampf um ein Unterhausmandat machten – während Miliband nach 1997 als Berater in die Downing Street kam und erst 2005 ein Mandat erhielt.

Es könne daher nicht verwundern, dass Miliband, mangels Erfahrungen in direkten politischen Auseinandersetzungen, den Stil seiner Vorgänger und einstigen Förderer kopiere: »Oft spricht er in der Öffentlichkeit wie Tony Blair und adoptiert dessen Eigenheiten. Nehmen Sie die Rede in diesem Monat, in der er seine potentiell historischen Pläne zur Veränderung des Verhältnisses zu den Unions vorstellte. Vielleicht bewusst adoptierte Miliband Blairs Redeweise, verblose Sätze, selbstironische Scherze, Pausen für dramatische Einschläge und Passagen von übertriebener Leidenschaft.«<sup>21</sup> Die übergroße Mehrheit der Briten kann sich den Labour-Chef auch deshalb noch immer nicht als potentiellen Premierminister vorstellen kann.

Andererseits hat die Verlässlichkeit, die dem Typus des politischen Geschäftsführers nachgesagt wird, auch unbestreitbare Vorzüge. Das zeigt sich insbesondere dann, wenn sie fehlt. In den polnischen und ungarischen Schwesterparteien etwa dominiert ein gänzlich anderer Politikertypus, einer, der vollkommen ungeniert egoistische Karriereinteressen als Handlungsimperativ gesteht und den, an Ideologiefragen weitgehend uninteressiert, vor allem der eigene politische Erfolg und das persönliche berufliche Fortkommen interessiert. Eine solche Motivstruktur machte die polnischen und ungarischen Sozialdemokraten in der Vergangenheit für Amtsmissbrauch, Korruption und Vetternwirtschaft besonders anfällig. So sehr prägende Werte und verpflichtende Normen dem Handeln Grenzen setzen und den Charakter festigen, so sehr blüht dort, wo eine spezifische Sozialmoral wenig gilt, die Gier, der Eigennutz, das achselzuckende »Enrichissez-vous«.

Im Übrigen deutet einiges darauf hin, dass heutiges Regieren nicht so sehr entscheidungsstarkes Steuern als vielmehr geschicktes, die persönliche Führung kaschierendes Verknüpfen, Einbinden, Austarieren erfordert, dass unserer Zeit insofern nicht der charismatische, sondern im Gegenteil der post-heroische Führungsstil angemessen ist. Lehren uns nicht die Gesellschaftsforscher, dass die Führung von Staaten und Unternehmen heute in einem präzedenzlosen Maße auf Kooperation beruhe, auf Transparenz und Partizipation?<sup>22</sup> Weshalb sie den Begriff der Steuerung durch den der Governance ersetzt haben und sich statt auf das Handeln einzelner Personen aktuell auf die Regelungswirkung von Strukturen konzentrieren?


Manches spricht dafür, dass die geforderten Charismatiker mit ihrem autoritären Gehabe, dem absoluten Gefolgschafts-

anspruch und egozentrischen Sendungsbewusstsein keineswegs die geeigneteren Politiker wären und die Vertrauenskrise zwischen Parteien und Gesellschaft auch nicht zu lösen vermöchten – wenn sie sie nicht gar vertiefen würden.

## DIE »SEKTION 8« ALS VORBILD

Es ist auch sehr zweifelhaft, ob Charismatiker den Gordischen Knoten der mit der Bewegungsstrategie implizierten deutlichen Aufwertung der Parteibasis und der Verlagerung der parteipolitischen Aktivitätsschwerpunkte in die unteren Organisationseinheiten einerseits, der Ermattung des Ortsvereinslebens infolge fortgesetzter Mitgliederverluste teilweise dramatischen Ausmaßes andererseits. Der Parteichef der Part Socialiste, Jean-Christophe Cambadélis, jedenfalls gestand kürzlich ein, dass es in manchen französischen Sektionen, der untersten Gliederungsebene der PS, seit einem Jahr keine Versammlung mehr gegeben habe.

Wie es anders geht, zeigt die »Sektion 8« in Wien. Sektionen, so heißen auch in der SPÖ die städtischen Ortsvereine. Die Sektion 8, gegründet als »Protestsektion« aus Unzufriedenheit über die Bildung der Großen Koalition nach der Nationalratswahl 2006, hat sich zum Ziel gesetzt, in engem Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Initiativen von der Basis aus Druck auf die übergeordneten Organisationseinheiten auszuüben, die kritischen Stimmen an der Parteiführung zu stärken, linkssozialdemokratischen Inhalten Gehör zu verschaffen und in die Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die SPÖ bunter ist als ihre Regierungsmannschaften. Ein weiteres Ziel ist die Mobilisierung der Mitglieder – zumindest in den eigenen Reihen gelingt das auch bemerkenswert gut.

Die Sektion 8 zeichnet sich durch eine enorme Lebendigkeit und ein beachtliches Engagement der Sektionsangehörigen aus. Regelmäßig finden prominent besetzte Diskussionsveranstaltungen in den Sektionsräumen statt, inhaltliche Diskussionen nehmen überhaupt einen Schwerpunkt der Parteiarbeit ein, in den aktuellen Programmprozess schaltet sich die Sektion mit eigenen Konzepten ein, zudem werden immer wieder Initiativen gestartet und Kampagnen organisiert. Die Erfolge sprechen für sich, in erster Linie hinsichtlich der Gewinnung neuer Mitglieder und der Öffentlichkeitswirkung der Sektions-Aktionen, aber auch mit Blick auf die Einbringung und zumindest gelegentliche Durchsetzung von Anträgen bei Landes- und Bundesparteitagen. 

**MATTHIAS MICUS**

ist Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

**JENS GMEINER**

ist Politologe und Skandinavist und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er promoviert zur Zeit über die Wandlungsprozesse der schwedischen Konservativen seit 2002

1. Vgl. PvdA Partijbestuur, Werkplan PvdA 2007: 'PvdA – Samen Sterk, Amsterdam 05.10.2006, S. 6.
2. Vgl. zur Entwicklung der schwedischen SAP als „Volksbewegungspartei“ Kjell Östberg, Politikens förändrade villkor, in: Anders Ivarsson Westberg/Ylva Waldemarson/Kjell Östberg (Hg.), *Det långa 1990-talet. När Sverige förändrades*, Umeå 2014, S. 147–178, hier S. 163ff.
3. Andrea Nahles, Partei in Bewegung, 01.06.2011, online einsehbar unter [http://www.spd.de/aktuelles/12636/20110601\\_parteireform\\_nahles.html](http://www.spd.de/aktuelles/12636/20110601_parteireform_nahles.html) [eingesehen am 02.09.2014].
4. Patrick Wintour, Labour's signing of campaign guru David Axelrod: a marriage of minds, in: *The Guardian*, 18.04.2014.
5. Vgl. Pierre Bréchon, *La France aux urnes. Soixante ans d'histoire électorale*, Paris 2009, S. 222; Udo Kempf, *Das politische System Frankreichs*, Wiesbaden 2007, S. 190.
6. Matthew Goodwin/Robert Ford, White face, blue collar, grey hair: the 'left behind' voters only Ukip understands, in: *The Guardian*, 06.03.2014.
7. Ebd.
8. Robert Ford/Matthew Goodwin, Labour beware: how elite candidates create an opening for Ukip, in: *theguardian.com*, 01.04.2014, online einsehbar unter <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/apr/01/labour-beware-elite-candidates-opening-ukip-stephen-kinnock> [eingesehen am 12.11.2014].
9. Rene Cuperus, Keine Macht, keine Moral? Ein niederländischer Kommentar zum SPD-Blues, in: Jan Niklas Engels/Gero Maaß (Hg.), *Im Blick der europäischen Nachbarn, Analysen zur Krise der Sozialdemokratie nach der Bundestagswahl 2009*, Friedrich-Ebert-Stiftung 2009, S. 21–27, hier S. 24.
10. Vgl. Magnus E. Marsdal, Frp-koden – Hemmeligheten bak Fremds-krittpartiets suksess, Oslo 2007, S. 210ff.
11. Vgl. Paul Whiteley, Where Have All the Members Gone? The Dynamics of Party Membership in Britain, in: *Parliamentary Affairs* Jg. 62 (2009) H. 2, S. 242–257.
12. Vgl. Francois Rufin, *La guerre des classes*, Paris 2008, S. 220.
13. Vgl. Aron Etzler, Reinfeldteffekten. Hur Nya Moderaterna tog över makten i Sverige och skakade Socialdemokraterna i grunden, Stockholm 2013, S. 197.
14. Ebd.
15. Vgl. Jenny Madestam, Hur blir man vald? Om ledarskiften i tre svenska partier, Stockholm 2014, S. 303.
16. Ausführlich zur Person Sahlin vgl. Christer Isaksson, *I väntan på Mona Sahlin*, Stockholm 2008.
17. Siehe hierzu sehr detailliert Törbjörn Nilsson, *Regisserad reträtt*, in: *Fokus*, Nr. 4/2012.
18. Vgl. Daniel Suhonen, *Partiledaren som klev in i kylan. Berättelsen om Juholts fall och den nya politiken*, Stockholm 2014.
19. Hierzu und im Folgenden Sibylle Krause-Burger, *Die neue Elite*, München 1995, S. 7ff.
20. Ebd.
21. Steve Richards, To emulate Blair, Ed Miliband will have to stop imitating him, in: *The Guardian*, 25.07.2013.
22. Vgl. Renate Mayntz, *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie*, MPIfG Working Paper 04/1, März 2004



Erwin Wurm, Tänzerin, 1985, Acryl auf Papiermaché, Holzsockel  
acrylic on papier-mâché, wooden pedestal, 100 x 45 x 45 cm

# DIE ACHZIGER JAHRE



Josef Kern, Schlaf (Frauenakt), 1988, Öl auf Leinwand | oil on canvas  
145 x 90 cm

# Wie Griechenland aus der Staatsschuldenfalle befreit werden kann

**Wolfgang Edel Müller skizziert**, wie der sich zuletzt wieder zuspitzende Konflikt zwischen der griechischen Linksregierung und den EU-Institutionen gelöst werden könnte, ohne dass eine der beiden Seiten ihr Gesicht verlieren müsste. Wenn Merkel&Co an ihrer bisherigen Politik kompromisslos festhalten, dann sei das rational nur damit erklärbar, dass man bereit sei, die Euro-Zone und das vereinte Europa zu opfern, um die derzeitige Austeritätspolitik durchzusetzen.

**D**ie politischen Beziehungen innerhalb der Europäischen Union, namentlich der Europäischen Währungsunion, sind als Folge des wirtschaftlichen und sozialen Austeritätsdesasters inzwischen so schwer belastet, dass in den internationalen Printmedien allen Ernstes versucht wurde, die strategischen Optionen zur Lösung des griechischen Überschuldungsproblems unter der neu gewählten SYRIZA-Regierung nach den spieltheoretischen Ergebnisvarianten des »Chicken Games« (Feiglingsspiels) zu evaluieren. Bei diesem Hasard ist vor allem ein Spielausgang besonders fatal, nämlich dass die beiden Akteure (Währungsunion und Griechenland) auf dem Weg der Konfrontation den maximalen gegenseitigen Schaden realisieren. In der theoretischen Spielanordnung verlieren übrigens beide Spieler, die in Autos aufeinander zurasen, das Leben, weil sich keiner auf ein Ausweichmanöver einlassen will – in der fixen Annahme, dass der jeweilige Gegenspieler ohnehin zu feige ist, um eine Kollision zu riskieren.

Diese selbstzerstörerische Variante ist in der Unvereinbarkeit von bedingungsloser Vertragserfüllung im Rahmen des laufenden »Hilfspakets« und der offensichtlichen Untragbarkeit der auf 175% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angewachsenen Schuldenlast begründet. Sie legt als rationalen Ausweg eine Kooperationslösung nahe, mit der beide Seiten nicht nur leben, sondern eine Annäherung ihrer konträren, jeweils demokratisch legitimierten Interessen (Schuldenschnitt als SYRIZA-Wahlversprechen versus inakzeptable Belastung der EWU-«Steuerzahler« aus diesem Haircut) erreichen können. Voraussetzung ist das beiderseitige Eingeständnis, dass die Austeritätspolitik in Griechenland endgültig gescheitert ist und ein

»Grexit« keine beherrschbare Lösung des Problems darstellt.

Eine Kooperationslösung könnte in folgenden Schritten abgehandelt werden (die angegebenen Zahlen sind eine vergangene Stichtagsaufnahme und daher variierbar, ändern aber nichts an der Struktur des Konzepts).

## 1. FESTSTELLUNG DER ÜBERSCHULDUNG

Die Gesamtverschuldung des griechischen Staates beträgt derzeit ca. 320 Mrd. Euro, das entspricht einer Schuldenquote von ca. 175% des aktuellen BIPs. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Griechenlands, der auf einen Zeitraum von zehn Jahren angelegt wird, ist eine Ausgangsverschuldung von 100% des BIPs gerade noch tragbar, woraus sich ein bedienungsfähiges Schuldenlimit von ca. EUR 180 Mrd. errechnet. Die Differenz von ca. 140 Mrd. Euro auf den Gesamtschuldenstand wird als Überschuldung festgestellt, für die es eine tragbare Schuldenregulierung geben muss. Wenn man davon ausgeht, dass das BIP in der zehnjährigen Wiederaufbauphase jahresdurchschnittlich um 2% wächst, dann konvergiert die nachhaltige Verschuldungsquote Griechenlands ceteris paribus bis zum Ende des wirtschaftlichen Wiederaufbaus gegen ca. 80% des BIPs (siehe Punkt 3).

## 2. GLÄUBIGERSTRUKTUR

Die Gläubigerstruktur für die Gesamtverschuldung Griechenlands von ca. 320 Mrd. Euro ist zweigeteilt in Gläubiger des privaten Kapitalmarkts, deren Forderungen nur mehr einen Betrag von ca. 70 Mrd. Euro umfassen, und öffentliche Gläubiger, die den großen Forderungsrest von ca. 250 Mrd. Euro in den Büchern haben. Dazu gehören neben den EWU-

Rettungseinrichtungen (EFSF unter Verwaltung des ESM) und den Euro-Mitgliedsstaaten die EZB mit ca. 50 Mrd. Euro und der IWF mit ca. 30 Mrd. Euro, für beide Institutionen ebenso wie für die Kapitalmarktgläubiger ist ein Forderungsverzicht gleich welcher Art auszuschließen. Die nachhaltige Ausgangsverschuldung in Höhe von ca. 180 Mrd. Euro (100% des BIPs) würde sich daher gläubigerseitig zusammensetzen aus Kapitalmarktgläubigern mit ca. 70 Mrd. Euro, EZB mit ca. 50 Mrd. Euro, IWF mit ca. 30 Mrd. Euro und öffentlichen Gläubigern mit restlichen ca. 30 Mrd. Euro. Dadurch verbliebe die Überschuldung Griechenlands in Höhe von ca. 140 Mrd. Euro ausschließlich bei den öffentlichen Gläubigern, den EWU-Rettungseinrichtungen und -Mitgliedsstaaten.

### 3. WIRTSCHAFTLICHER WIEDERAUFBAU UND SCHULDENQUOTE

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Griechenlands nach der zerstörerischen Austeritätskatastrophe erfolgt in zwei Fünf-Jahres-Phasen. In der ersten Phase (2015-2019) liegt das Schwergewicht auf der Rekonstruktion und dem Umbau der griechischen Wirtschaft mit den Zielen Wachstum, Beschäftigung und Einkommensentwicklung im privaten wie im öffentlichen Sektor (Steuerreform) sowie grundlegende Staats- und Sozialreformen, um ein nach europäischen Maßstäben funktionierendes Gemeinwesen mit einem sozialen Sicherungssystem zu etablieren. In der zweiten Phase (2019-2024) wird Nachhaltigkeit der Wiederaufbau- und Umbau-erfolge als Grundlage für einen griechischen Wohlfahrtsstaat mit Zielrichtung sich selbst erneuernder wirtschaftlicher Dynamik und Vollbeschäftigung angestrebt. Die jahresdurchschnittlichen Wachstumserwartungen während der zehnjährigen Wiederaufbau- und Umbauphase werden mit 2% angenommen, die bei gleichbleibendem Schuldenstand eine nachhaltige Gesamtverschuldung nahe an 80% des BIPs ermöglichen soll.

### 4. RESTRUKTURIERUNG DER SCHULDEN

Die Restrukturierung der Schulden wird geteilt zwischen den nachhaltigen Schulden in Höhe von ca. EUR 180 Mrd., die laufend refinanziert werden müssen, und der Überschuldung in Höhe von ca. EUR 140 Mrd., die langfristig rückgeführt werden muss. In der Rekonstruktionsphase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus (bis 2019) werden die nachhaltigen Schulden zu den bestehenden Bedingungen refinanziert, die EWU-Gläubiger unterstützen den Refinanzierungsprozess über ihren derzeitigen Anteil von ca. EUR 30 Mrd. hinaus, falls der private Kapitalmarkt seine Refinanzierungsbereitschaft

einschränkt. Im Laufe der Nachhaltigkeitsphase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus (bis 2024) werden die gesamten nachhaltigen Schulden schrittweise zu Kapitalmarktbedingungen refinanziert, sodass am Ende dieses Zeitraums die nachhaltigen Schulden ausschließlich am Kapitalmarkt refinanziert sind, die EWU-institutionellen Gläubiger und der IWF sind zur Gänze abgelöst.

### 5. UMGANG MIT ÜBERSCHULDUNG

Der auf die Gläubiger der EWU-Perimetrie (EFSF/ESM, Euro-Mitgliedsländer) verteilte Schuldenüberhang in Höhe von ca. EUR 140 Mrd. wird im Wege des Ankaufs aller Forderung aus den Direktkrediten der Euro-Mitgliedsstaaten auf einen Gläubiger, nämlich den ESM, der bereits die Gestion der EFSF-Ausleihung verantwortet, gepoolt. Auf Basis einer Bankenkonzession für den ESM (Annäherung an die Rolle eines »Europäischen Währungsfonds«) wird der gebündelte Gesamtkredit in Höhe von ca. EUR 140 Mrd. von der EZB zu ihren derzeitigen Konditionen (0,05% p.a.) fix auf die gesamte Laufzeit refinanziert, sodass die auf den ESM übertragene Finanzierung des Schuldenüberhangs mit einer dauerhaften Minimalverzinsung ausgestattet werden kann. Dadurch entfällt zunächst die Belastung der EWU-Mitgliedsstaaten für die Refinanzierung ihrer jeweiligen Direktkredite aus dem »Hilfspaket«, gleichzeitig ist die laufende Zinsrechnung aus der Überschuldung für das griechische Budget auf ein Mindestmaß reduziert. Für den auf Überschuldungshöhe gepoolten Kredit übernehmen die abgelösten EWU-Gläubiger in Analogie zur EFSF-Ausleihung eine quotale Haftung, ihre auf den ESM übertragenen Kreditforderungen werden somit in Haftungsverpflichtungen gewapt. Der damit kreditrestrukturierte Schuldenüberhang in Höhe von ca. EUR 140 Mrd. wird während des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bis 2024 tilgungsfrei gestellt, um ab 2025 in 50 Jahrestranchen von ca. EUR 2,8 Mrd. p.a. bis Ende 2074 rückgeführt zu werden.

Aus dem Blickwinkel einer tragfähigen Schuldendienstquote (Finanzierungsaufwand einschließlich Tilgungserfordernisse für die Staatsschulden im Verhältnis zum BIP) bringt die massiv verlängerte Laufzeit und die im Wege der EZB-Refinanzierung ermöglichte minimale Verzinsung signifikante Vorteile für den sukzessiven Abbau der Überschuldung, weil mit dem wachsenden BIP in einer restrukturierten und stabilisierten Vollbeschäftigungswirtschaft der aus der Tilgung resultierende Belastungsfaktor abnimmt. Voraussetzung ist daher, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau tatsächlich gelingt, was eine nachhaltige Wende in der Wirtschaftspolitik vom derzei-

tigen Austeritätsdogma zu einer dynamischen Wachstum- und Beschäftigungspolitik voraussetzt. Die EWU-institutionellen Gläubiger und der IWF werden nach Verabschiedung der »Troika« auf der Ebene des kreditgebenden ESM ein professionelles Monitoring einrichten, das die Wiederaufbau- und Umbaupläne prüft und deren zielgerichtete Umsetzung überwacht.

## 6. MINIMALKONSENS, DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHE WENDE ERMÖGLICHT

Die unter den Punkten 4. und 5. skizzierte Lösung kommt der Forderung der EWU-Gläubiger nach Ausschluss eines Schuldenschnitts entgegen, reklamiert aber die Refinanzierungsrolle der EZB bei Sicherstellung durch die involvierten EWU-Regierungen, damit die lange Rückzahlungslaufzeit ohne finanzielle Belastung der EWU-«Steuerzahler» überhaupt darstellbar wird. Es handelt sich daher um einen Minimalkompromiss. Das Modell ist auch für alle anderen EWU-Krisenstaaten unter dem Prätext einer wirtschaftspolitischen Wende in Richtung Wachstums- und Beschäftigungspolitik anwendbar (»Schuldenkonferenz«).

Keynes hat am Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise in seinen »Economic Possibilities for Our Grandchildren«(1933) eine konkrete Utopie für einen zivilisierten Kapitalismus entworfen, indem er in einer friedvollen Welt des technischen (und moralischen) Fortschritts bei moderatem, aber stetigem Wirtschaftswachstum über zwei Generationen davon ausging, dass die Enkelgeneration allmählich ein Wohlstandsniveau erreichen werde, das nicht nur die Überwindung der gravierendsten wirtschaftlichen Probleme ermögliche, sondern auch den Weg für die eigentliche Bestimmung der Menschen ebnet, nämlich »weise, angenehm und gut« zu leben.

Wenn man diese Keynes'sche Vision, die an den grauenhaften politischen Verwerfungen des »kurzen zwanzigsten Jahrhunderts« (Eric Hobsbawm) gescheitert ist, auf Griechenland/Euroland und Europa im 21. Jahrhundert unter der Voraussetzung überträgt, dass die entwicklungshemmenden Einkommens- und Vermögensverteilungsungleichheiten (die in Griechenland besonders schwerwiegend sind) kontinuierlich reduziert werden können, dann eröffnet sich eine langfristige wirtschaftliche Perspektive, bei der die Bewältigung der souveränen Verschuldungskrise auch ohne große Schuldenschnitte in den Bereich des Möglichen rückt. Ganz konkret auf die scheinbar ausweglose Verschuldungslage in Griechenland bezogen, kann nur ein unter rigorosem ESM-Monitoring

gestalteter wirtschaftlicher Wiederaufbau die angenommenen Wachstumserwartungen (im langfristigen Durchschnitt 2% p.a.) erfüllen, sodass das griechische BIP zum Zeitpunkt des Tilgungsbeginns der kreditrestrukturierten Überschuldung ca. EUR 220 Mrd. erreicht, was in etwa Vorkrisenniveau entspricht. Daraus errechnet sich bei einem jährlichen Tilgungserfordernis von ca. EUR 2,8 Mrd. ein Add-on auf die reguläre Schuldendienstquote (die aus der kapitalmarktkonformen Refinanzierung der nachhaltigen Verschuldung resultiert) von 1,3%, die sich bis zum Ende der Tilgungslaufzeit ceteris paribus (z. B. sekulare Preisstabilität) auf 0,6% abbaut.

Das ist unter wohlfahrtsstaatlichen Vollbeschäftigungsspekten eine tragbare Zusatzbelastung, sodass es keiner »Steuerzahler«-Opfer aus der Eurozone bedarf, die ohnehin schwer vermittelbar sind und nur die politisch verquere Euroskepsis beflügeln. Quod erat demonstrandum: Europa (und Griechenland im Besonderen) braucht eine wirtschaftspolitische Wende in Richtung einer koordinierten Wachstums- und Beschäftigungspolitik, die vor allem in den Krisenstaaten unter den Konditionalitäten des zu einem »Europäischen Währungsfonds« weiterentwickelten ESM vorangetrieben werden sollte, damit sie aus der Überschuldung schrittweise herauswachsen können.

Entscheidend für das Gelingen des Konzepts im Sinne der Punkte 4. und 5. ist eine offensive Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung in Griechenland und die Bereitschaft der EWU-Institutionen, vor allem der EZB, über ihren Schatten zu springen, um den »Steuerzahlern« ihrer Mitgliedsländer durch Refinanzierungsbereitschaft nachträgliche Erleichterung für den Banken-Bail-Out zu bieten, der andernfalls dramatische Eingriffe der dafür wenig vorbereiteten EZB erforderlich gemacht hätte. Dazu ist es notwendig, dass sich die Beziehungen zwischen Griechenland und den EU-Institutionen sowie den Euro-Partnerländern (und im Besonderen zu Deutschland) normalisieren und der willkürliche Zwang zu demonstrativen und zeitknappen Canossagängen der griechischen Linksregierung zur Euro-Gruppe und den »Institutionen« (ehemals »Troika«) zukünftig unterbleibt.


Denn für ein Bewältigung oder zumindest Milderung der humanitären Krise, in der sich das soziale Desaster des dramatischen Austeritätsregimes der vergangenen Jahre spiegelt, und für ein investives Wachstumsimpulsprogramm, das als erster wirtschaftlicher Wiederaufbauschritt zur Reduktion der unerträglich hohen (Jugend)Arbeitslosigkeit beitragen



soll, werden Finanzierungsspielräume zu Lasten einer raschen Schuldentilgung aus den Primärbudgetüberschüssen unabdingbar sein.

Es ist ganz einfach nicht nachvollziehbar, warum ein Kompromiss entlang einer Kombination aus grundlegender Staats- und Sozialreform, die den klientelistischen und nepotistischen Einfluss der oligarchischen Eliten zurückdrängt und das griechische Gemeinwesen an bewährte europäische Standards (zum Beispiel »Best Practice« in der Finanzverwaltung) heranführt, und der kontrollierten Finanzierung einer aktiven Wachstums- und Beschäftigungspolitik aus überschüssigen Primärbudgetmitteln, die mittelfristig zur Wiederherstellung der Schuldendienstfähigkeit und Kapitalmarkttauglichkeit des griechischen Souveräns beiträgt, nicht möglich sein sollte. Scheitern kann ein konstruktives Kompromisszenario dieser Art doch nur dann, wenn die europäischen Konservativen unter deutscher Anleitung eine »hidden agenda« betreiben, die aus Angst vor Beispielfolgen (austeritätskritische Regierungswechsel in Spanien und anderswo) auf delegitimierende Misserfolge der griechischen Linksregierung hinarbeitet, den »Grexit« samt den dann unvermeidlichen Forderungsverlusten zu Lasten der EWU-«Steuerzahler« in Kauf nimmt, um gegen den unbotmäßigen Austeritätswiderstand in den mediterranen Euroländern »Nordeuro«-Phantasien zu verwirklichen. Das wäre dann der Anfang vom Ende des Vereinigten Europas, wie wir es kennen, und die Wiederkehr hegemonialer Allianzen rund um ein wirtschaftlich dominantes Deutschland, die wir nicht wollen.

Und die europäische Sozialdemokratie? Als neoliberale Trittbrettfahrerin, die auf dem weiten Feld der europäischen Unverbindlichkeit ein wenig Kritik üben und ein wenig für soziale Krisenmilderung plädieren darf, ohne den konservativen Kurs der Wirtschaftspolitik in Europa auch nur im Geringssten in Frage zu stellen, geschweige denn richtungsändernd zu beeinflussen, hat sie ausgedient. Der griechische Regierungswechsel und der rapide Pasok-Niedergang sind auch ein Menetekel für sozialdemokratische Glaubwürdigkeit: Eine Sozialdemokratie, die zu der bei weitem tiefste Wirtschafts- und Sozialkrise in Europa seit der Großen Depression des vergangenen Jahrhunderts keine politisch gangbaren Alternativen in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung, also auf der Seite und im Sinne der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit, anzubieten weiß, marginalisiert sich selbst. Wenn sie daher ihrem politischen Marginalisierungsschicksal, dessen weitere Stationen sich demnächst in Spanien, Portugal und Frankreich ver-

wirklichen könnten, enttrinnen möchte, dann wird sie dem wirtschaftspolitischen Neoliberalismus in Europa, der zur Verursachung und Verschärfung der Krise ausschlaggebend beigetragen hat, eine konsequente Absage erteilen und jene längst bekannten und vielfach durchexerzierten Alternativen unterstützen müssen, die Europa tatsächlich aus der Krise führen können. Griechenland bietet durch die vermittelnde Unterstützung der SYRIZA-Regierung eine letzte Gelegenheit für einen sozialdemokratischen Glaubwürdigkeitsbeweis. 

**WOLFGANG EDELMÜLLER**

ist Banker und Ökonom, lebt in Wien und im Waldviertel.



# DIE ACHZIGER JAHRE



Heimo Zobernig, Ohne Titel, 1988, Öl auf Leinwand | oil on canvas, 100 x 100 cm

# Der Anfang vom Ende der »Europäischen Nachbarschaftspolitik«

**Mit der Anfang** März eingeläuteten Revision der bisherigen EU-Nachbarschaftspolitik startet ein Prozess, der wohl in ihrer Abwicklung enden wird. Europa stellt sich der Realität und beginnt – langsam aber sicher – Abschied zu nehmen von einer viel zu lange gehegten Illusion: Der Schaffung eines »Ringes von Freunden« in unmittelbarer Nachbarschaft. Stefan Brocza und Andreas Brocza sehen jenseits der Außengrenzen eine Phase der Unsicherheit anbrechen.

**E**nde 2002 hielt der damalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi eine Rede mit dem Titel »Das größere Europa – eine Politik der Nachbarschaft als Schlüssel zur Stabilität«. Darin entwarf er eine idyllische Zukunftsvision: Rund um die EU sollte ein »Ring von Freunden« entstehen – von Marokko bis Russland und bis zum Ostufer des Schwarzen Meeres. 2015 ist Europa von diesem Wunsch weiter entfernt als damals. Aus dem »Ring von Freunden« wurde das programmatische Konzept der »Europäischen Nachbarschaftspolitik«. Die mit so großen Erwartungen und Hoffnungen überfrachtete Zone der Stabilität erweist sich heute vor allem als eins: als andauernde Zone der Instabilität. Die EU sieht jedenfalls (mal wieder) die Zeit reif für eine Überprüfung ihres damaligen Konzepts.

## GRUNDLEGENDES ZUR ENP

Gemäß Artikel 8, Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) entwickelt die Union besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet. Die eigentliche ENP wurde bereits 2003 konzipiert, um engere Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarländern zu entwickeln. Sie deckt im Süden Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, die Palästinensischen Gebiete, Syrien und Tunesien und im Osten Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine ab. Das Ziel der ENP, die im Jahr 2011 nach den Ereignissen in der arabischen Welt überarbeitet wurde, besteht darin, diejenigen Partnerländer zu unterstützen, die

Reformen auf dem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten durchgeführt haben, einen Beitrag zu ihrer inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten und parallel zu den Beziehungen zu den Regierungen auch eine Partnerschaft mit den Gesellschaften zu fördern. Die erneuerte ENP zielt auf die Intensivierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung, die Stärkung des Handels und die Intensivierung der Zusammenarbeit in anderen Bereichen.

Das neue und aktuelle Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI) stellt mit einem Budget von 15,4 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014–2020 den Großteil der Finanzmittel für die 16 ENP-Partnerländer bereit. Der auf Anreizen beruhende Ansatz bietet eine gewisse Flexibilität bei der Differenzierung der finanziellen Unterstützung auf der Grundlage der Fortschritte der einzelnen Länder auf dem Weg zu Demokratie und Achtung der Menschenrechte.

## VON DER REALITÄT EINGEHOLT

Anfang März 2015 hat die Europäische Kommission mit den erwartungsschweren und doch gleichzeitig inhaltsleeren Schlagworten Differenzierung, Flexibilität und Eigenverantwortung eine umfassende Diskussion zur künftigen Ausrichtung der Nachbarschaftspolitik angestoßen. Die EU-Außenminister haben auf ihrem informellen Treffen in Riga eine erste Aussprache darüber, Ende Mai könnte das an gleicher Stelle stattfindende Gipfeltreffen der EU-Staats- und -Regierungschefs mit den sechs östlichen Partnern weitere Anhaltspunkte über die künftige Ausrichtung geben. Bereits jetzt zeigt sich, dass die südlichen EU-Staaten ihren Blick stärker auf die südli-

chen Mittelmeeranrainer richten, während für die nördlichen Mitgliedstaaten die östlichen Nachbarn im Vordergrund stehen werden. Was vor mehr als einem Jahrzehnt mühsam und wortreich unter ein gemeinsames politisches Konzept – eine einheitliche Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) – gezwängt wurde, strebt wieder auseinander.

Die Bilanz von mehr über einem Jahrzehnt gemeinsamer südlicher und östlicher EU-Nachbarschaftspolitik fällt jedenfalls ernüchternd aus: Am Südufer des Mittelmeers hat der »arabische Frühling« von 2011 jedenfalls nicht – wie vorschnell prophezeit und bei Sonntagsreden landauf, landab strapaziert – zu mehr Demokratie geführt. Ägypten wird wie eh und je autoritär von Militärs regiert, Syrien wurde zu einer blutigen und brutalen Dauerkrisenregion und das frühere Libyen ist zwischenzeitlich der vielbeschworene failed state – von Warlords, regionalen Machthabern und externen Akteuren gebeutelt.

## ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT

An der EU-Ostgrenze sieht es nicht besser aus. Mit dem 2009 beschlossenen Konzept der »Östlichen Partnerschaft« strebte die EU so genannte privilegierte Beziehungen zu sechs Staaten an. Weißrussland und Aserbaidschan blieben aus unterschiedlichen Gründen auf Distanz, mit Armenien, Georgien, Moldau und der Ukraine wurden dagegen weitreichende Assoziierungsabkommen ausgehandelt. Vor allem Armenien und die Ukraine wurden von Russland massiv unter Druck gesetzt, die unterschriftsreifen Abkommen nicht zu unterzeichnen. Während Armenien heute der von Moskau als Gegenprojekt zur EU ins Leben gerufenen Eurasischen Union angehört (ein Gebilde, weit davon entfernt von einer »Union« – eher eine Zone archaischer Handelskonzepte unter der alleinigen Vorherrschaft Russlands), war das in der Ukraine bekannterweise erst der Anfang des heutigen Konflikts.

Es ist absehbar und wohl auch nicht anders möglich, als dass die EU-Mitgliedsländer bei ihrer künftigen östlichen Nachbarschaftspolitik noch stärker als bisher die Interessen Russlands ins Kalkül einbeziehen werden müssen. Eine der daraus resultierenden Konsequenzen wird wohl sein, dass sich die viel beschworenen Grundwerte einer demokratisch verfassten sowie auf Meinungsvielfalt und einem EU-vertraglich abgestützten Modell der sozialen Marktwirtschaft beruhenden Gesellschaft nicht ohne weiteres auf die östlichen Nachbarn übertragen lassen wird. Die lange (und wohl auch zu lange) geschürte Hoffnung und Aussicht auf eine EU-Vollmitglied-

schaft kann jedenfalls beim besten Willen nicht weiter aufrechterhalten werden. Diese Perspektive scheint für die »europäischen Nachbarn« jedenfalls illusorisch. Mangels dieser Beitrittsperspektive fehlt den betreffenden Staaten jedoch jeder Anreiz, sich die von der EU hochgehaltenen und »alternativlos« vorgeschriebenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Standards anzueignen.

## MITTELMEERRAUM

Was für die östlichen Nachbarn zutrifft, gilt erst recht für die südlichen Mittelmeeranrainer. Das 1995 in Barcelona als Teil der »euromediterranen Partnerschaft« vereinbarte Ziel, bis 2010 eine gemeinsame Freihandelszone zu bilden, ist illusorisch und in weite Ferne gerückt. Die von Frankreich forcierte und als politisches Prestigeprojekt ihrer damaligen EU-Ratspräsidentschaft mit aller Gewalt geschaffene »Mittelmeerunion« besteht lediglich auf dem Papier. Nicht einmal politische Insider können mit Gewissheit sagen, ob diese politische Kopfgeburt überhaupt noch wirklich existiert.

Die in den Abkommen der EU mit einzelnen Mittelmeeranrainerstaaten (frühere Mittelmeerassoziiierungsabkommen, zwischenzeitlich so genannte Assoziierungsabkommen zweiter Generation) vorgesehene Klausel über die Achtung von Menschenrechten und Demokratie erwies sich schnell und nachhaltig als eine leere Hülse politischer Absichtserklärungen. Diese Abkommen hinderten die EU jedoch keineswegs, mit den damaligen Machthabern wie dem Tunesier Zine el Abedine Ben Ali, dem Libyer Muammar al Gaddafi oder dem Ägypter Hosni Mubarak ins (lukrative) Geschäft zu kommen. Die mit dem »arabischen Frühling« kurzzeitig aufgekeimte Hoffnung auf eine harmonischere Zusammenarbeit hat sich, nicht zuletzt angesichts anhaltender und zunehmender Migrationsströme Richtung Europa, kaum erfüllt.

## EU-MITTELMEERPOLITIK – EXPANSION UND ASSIMILIERUNG OHNE ERWEITERUNG

Die letzten (verlorenen) Jahrzehnte einer sich entwickelnden EU-Mittelmeerpolitik (Euro-Mediterrane Partnerschaft – EMP, Barcelona-Prozess, Europäische Nachbarschaftspolitik – ENP, Union für das Mittelmeer – UfM) haben eines gemeinsam: Egal wie vollmundig und großartig auch das jeweils aktuelle Konzept angelegt war, schlussendlich musste man sich dessen Scheitern eingestehen. Zu komplex sind die Herausforderungen und zu unterschiedlich die beteiligten Akteure. Gleichzeitig überschattet der ungelöste Nahostkonflikt alle langfristigen Planungen und Überlegungen für den Raum im Süden/

Südosten Europas. Diese Sprach- und Konzeptlosigkeit betrifft insbesondere auch die aktuellen Verhältnisse in Syrien.

### BEISPIEL 1: EU-SYRIEN

Während die EU eine neue Generation von Assoziierungsabkommen mit den Mittelmeeranrainerstaaten bereits unterzeichnet hatte bzw. diese Abkommen schon in Kraft waren, haben sich die 1996 aufgenommenen Verhandlungen mit Syrien besonders lange hingezogen und konnten erst 2004 beendet werden. Der damalige EU-Außenhandelskommissar Chris Patten lobte die Einigung gar mit den Worten: »Sie ist eine solide Grundlage für die Unterstützung Syriens in seinen Bemühungen um politische und wirtschaftliche Reformen.« Primäres Ziel des Abkommens ist die Errichtung einer Freihandelszone EU–Syrien. Im Rahmen davon ist etwa auch die Öffnung Syriens für Investitionen aus dem EU-Raum (inklusive des vollständigen Rücktransfers von dort erzielten Gewinnen) vorgesehen. Syrien sah in diesem Abkommen unter anderem die Möglichkeit, seine Beziehungen zum Westen zu verbessern – insbesondere nachdem die USA Syrien zur ominösen »Achse des Bösen« hinzugefügt hatten und Syrien somit potentielles weiteres Ziel im damaligen »Krieg gegen den Terror« wurde.

Obwohl der Text des Abkommens von beiden Seiten paraphrasiert wurde, ist das Abkommen bis heute nicht abgeschlossen. Insbesondere auf europäischer Seite bestanden permanente Vorbehalte. Neben Menschenrechts- und Demokratiedefiziten wurde regelmäßig die »ungeklärte Rolle« Syriens im Nahostkonflikt eingewendet. Dabei wird auch immer wieder auf die Rolle Syriens bei der Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Hariri in Jahr 2005 verwiesen. Ende 2008 wurden die Verhandlungen zwar wieder aufgenommen, nach Ausbruch der Unruhen in Syrien im Februar 2011 wurden sie jedoch wiederum ausgesetzt. Dennoch hat Syrien in den letzten Jahren – quasi als Vorleistung – einseitig begonnen, die im möglichen/künftigen Abkommen enthaltenen wirtschaftlichen Verpflichtungen vorab zu implementieren.

Ein solches (zeitgemäßes) Assoziierungsabkommen ist die Voraussetzung zur vollen Teilnahme am so genannten Barcelona-Prozess (ab 2008 Union fürs Mittelmeer). Dieser umfasst insbesondere drei Teilbereiche: (1) politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit, (2) wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit und (3) Zusammenarbeit im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich. Der Barcelona-Prozess

zielt auch auf die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Grundsätze (als wesentliche Elemente der Zusammenarbeit) ab und enthält etwa Klauseln über die Bekämpfung des Terrorismus und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auch ohne formellen Assoziierungsabkommen bestand für Syrien in den letzten Jahren dennoch zumindest teilweise die Möglichkeit, an Veranstaltungen und gewissen regionalen Kooperationsprogrammen im Rahmen dieses Kooperationsprozesses teilzunehmen. Von den »Vorteilen« und Kooperationsmöglichkeiten einer Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) blieb Syrien jedoch vollkommen ausgeschlossen. Denn hier sind die Regeln strikt: Ohne Abkommen keine Teilnahme an der ENP.

Die Ziele dieser Nachbarschaftspolitik beschrieb die damalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner bereits im Jahre 2005 klar: »Um die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung mit unseren neuen Nachbarn zu teilen, haben wir die Europäische Nachbarschaftspolitik konzipiert. Mit dieser Politik etablieren wir einen »Ring von Freunden« entlang der Grenzen der erweiterten EU. Das ist ein geostrategisches Schlüsselprojekt für Europa. Diese Zone der Stabilität und des Wohlstandes soll von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum reichen.« Wobei jedoch ein bedeutender Unterschied zur »klassischen« EU-Erweiterungspolitik besteht: Den an der ENP teilnehmenden Ländern wird definitiv keine Beitrittsperspektive gewährt. Ein Kritiker dieses Prozesses bringt es auf den Punkt: »Die EU-Mittelmeerpolitik zielt weniger auf Partnerschaft als auf Assimilierung des Südens für die neoliberalen Praktiken des Nordens ab, was die Rekonstruktion einer Nabe-Speiche-Struktur befördert, die typisch für die imperiale Ära war. [Die EU-Politik] ist gefangen zwischen einer postkolonialen Rhetorik und einer neokolonialen Praxis.«

### BEISPIEL 2: MIGRATIONSPOLITISCHE KOOPERATION EU – LIBYEN

Bereits Ende 2004 schickte die Europäische Kommission eine technische Mission nach Libyen, um die Lage und Möglichkeiten hinsichtlich migrationspolitischer Zusammenarbeit genauer zu untersuchen. Trotz katastrophaler Haftbedingungen in libyschen Internierungslagern und Menschenrechtsverletzungen bewerte die Europäische Kommission die Mission als Erfolg: »In order to deepen discussions on migration issues in a comprehensive way, a specific joint dialogue mechanism should be established as soon as possible between the EU and Libya. The main tasks of this mechanism will be to develop a

strategic comprehensive approach to fight illegal immigration, and to develop a coherent Action Plan which could ultimately incorporate all measures considered relevant in this context«.

Ab diesem Zeitpunkt wurden daher von der EU finanzierte Kooperationsaktivitäten in Libyen realisiert. Aktivitäten, die in diesem Rahmen von der EU finanziert wurden, sind etwa:

- »Across Sahara I«-Projekt zur Verbesserung der südliche Grenzsicherung zwischen Libyen und Niger. Dieses Projekt wurde von Italien und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) implementiert. Die EU steuerte rund 1,6 Millionen Euro bei.
- »Across Sahara II«-Projekt für den verbesserten Schutz der Grenze zwischen Libyen und Algerien. Die EU stellte rund 1 Millionen Euro für dieses Projekt zur Verfügung, welches bis April 2009 andauerte. »SAHARA-MED: Prevention and management of irregular migration flows from Sahara Desert to Mediterranean Sea«-Projekt: Nachfolgeprojekt von Sahara I und II; die EU stellte 10 Millionen Euro zur Verfügung. Seine Laufzeit ist von Februar 2010 bis Jänner 2013 und wird von Italien, Griechenland und IOM implementiert. Ziel dieses Projekts ist es, mit libyschen Behörden zusammenzuarbeiten um irreguläre Migration effektiv nach internationalen Standards zu managen, die südliche Grenze zu sichern, den Schmuggel von Migranten und Menschenhandel strafrechtlich zu verfolgen und die Bedingungen in Auffanglagern oder »detention centers« zu verbessern.
- Das Projekt »A comprehensive approach to the effective management of mixed migration flows in Libya« wird mit 2 Millionen Euro EU-Finanzmitteln von Februar 2009 bis Jänner 2012 finanziert und soll von UNHCR in Partnerschaft mit dem ICMPD, dem Consiglio italiano per i rifugiati (CIR) und der International Organization for Peace, Care and Relief (IOPCR) umgesetzt werden. Ziel dieses Projekts ist es, die libyschen Kapazitäten bezüglich des Aufnahmemanagements zu verbessern, gemischte Migrationsflüsse zu managen und die freiwillige Rückkehr zu fördern und zu managen.
- Von April 2006 bis Juli 2008 wurden 2 Millionen Euro von der EU für das Projekt TRIM (Enhancement of Transit and Irregular Migration Management in Libya) bezahlt. Dieses Projekt wurde von der IOM implementiert und sollte die Bedingungen in Lagern verbessern und die freiwillige Rückkehr fördern.
- Das Folgeprojekt war das »Regional Assisted Voluntary Return and Reintegration Programme for Stranded Migrants in Libya and Morocco« (AVRR), welches von IOM, Libyen und Marokko implementiert wurde und 2 Millionen

Euro EU-Finanzmittel zur Verfügung hatte. Die Projektdauer war von April 2009 bis März 2010. Die IOM hat bereits ein Nachfolgeprojekt vorgeschlagen, das sich aktuell in der Evaluierungsphase befindet.

- Das Projekt »Strengthening the Criminal Justice System Response to Smuggling of Migration in North Africa« wurde von Dezember 2007 bis Dezember 2010 mit 1,5 Millionen Euro von der EU finanziert und von der United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) und Europol implementiert.
- Ab 2009 wurden in Libyen Seminare und Trainings bezüglich Menschen-smuggel und Grenzkontrolle durch das Finanzierungsinstrument »Technical Assistance and Information Exchange« (TAIEX) finanziert.

2007 unterzeichneten die damalige EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, und der libysche Minister für europäische Angelegenheiten Adbulati Elobeidi, ein »Memorandum of Understanding«, welches Migration als ein gemeinsames Interesse hervorhob. Im folgenden Jahr nahm die Europäische Kommission Verhandlungen für ein breiteres Abkommen auf, das so genannte »EU-Libya Framework Agreement«. Im Kontext dieses Rahmenabkommens und der in diesem Zusammenhang zunehmenden Kooperation mit Libyen entwickelte die EU im Jahr 2010 ein »Country Strategy Paper (CSP) and National Indicative Programme (NIP) 2010-2013« für Libyen. Dieses Strategiepapier wurde im Juni 2010 von beiden Seiten unterzeichnet und mit 60 Millionen Euro finanziert.

Dass seitens der EU-Kommission Interesse bestand, bedenkliche Lager in Libyen zu finanzieren, liegt spätestens seit Mitte 2009 auf der Hand. Damals besuchte EU-Kommissar Jaques Barrot (zuständig für Justiz, Freiheit und Sicherheit) Oberst Gaddafi und offerierte ein Paket von 80 Millionen Euro. 20 Millionen Euro sollten für die Errichtung von »accomodation centers« aufgewendet werden, 60 Millionen Euro für Migrationsmanagementprojekte an der südlichen Grenze Libyens. Gaddafi lehnte dieses Angebot allerdings ab, da er einen weitaus höheren Betrag von der EU verlangte.

Was aus den finanzierten und geplanten Projekten der EU mit Libyen im Bereich des Migrationsmanagement hervorgeht, ist, dass zwar keine kompletten Internierungslager durch EU-Gelder errichtet wurden, deren Infrastruktur jedoch durch solche Mittel verbessert werden sollten. Fraglich bleibt, wie in einem Land in dem fundamentale Menschenrechte keine

Anwendung fanden und internationale Organisationen nur äußerst begrenzt arbeiten konnten und kaum Zugang hatten, die korrekte Umsetzung und Beibehaltung dieser Maßnahmen kontrolliert werden sollte. Auf den ersten Blick erscheinen die Projekte der EU, umschrieben mit Begriffen wie »im Einklang mit internationalen Standards«, »Menschenrechte« und »Flüchtlingsschutz« als gute Vorhaben. Allerdings zeigt die Realität in Libyen und die Unberechenbarkeit Gaddafis (nicht nur in der Nachbetrachtung), dass selbst die EU bei der tatsächlichen Umsetzung der Projekte kaum Kontrolle ausüben konnte. Tatsache ist, dass die zunehmende Bekämpfung der irregulären Migration, die Libyen im Namen Europas betrieb, eine Lagerstruktur benötigte, welche die vielen Migranten »unter Kontrolle« halten sollte, bis diese deportiert oder abgeschoben werden konnten. Ob und wie viel Internierungslager die EU in Libyen (ko-)finanziert hat, kann aus den offiziellen EU-Dokumenten nicht eindeutig herausgelesen werden. Klar scheint, dass die EU durch ihre Abkommen und finanzierten Projekte dazu beitrug, dass Menschen, die auf der Flucht waren, in Libyen ohne Rechte eingesperrt, interniert und unter menschenunwürdigen Bedingungen für ungewisse Zeit und mit ungewisser Zukunft festgehalten wurden. So gesehen spielt es keine Rolle, ob die EU nun diese Internierungslager direkt finanziert hat oder eben »nur« diesbezügliche »Projekte«. Im Ergebnis wurden Menschen in Lagern inhaftiert. Und das Geld dafür kam aus Europa.

## START DER EU-KONSULTATION ZUR KÜNFTIGEN AUSRICHTUNG IHRER NACHBARSCHAFTSPOLITIK

Am 4. März 2015 hat nun die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Federica Mogherini, unter Mitwirkung des Kommissars für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, eine so genannte Konsultation zur Zukunft der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gestartet. Begründet wird das Vorgehen mit den tiefgreifenden Entwicklungen, die seit der letzten Überprüfung im Jahr 2011 in der unmittelbaren Nachbarschaftsregion Europas stattgefunden haben. Mogherini umriss die Ausgangslage wie auch die Zielrichtung klar: »Die EU hat ein vitales Interesse an der Schaffung starker Partnerschaften mit ihren Nachbarn. Die jüngsten Entwicklungen in der Region stellen uns vor immer größere Herausforderungen: von wirtschaftlichem Druck bis hin zu illegaler Einwanderung und Sicherheitsrisiken. Wir brauchen eine starke Politik, um diese Probleme angehen zu können. Wir müssen auch ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Ziele, Werte und Interessen unserer Partner

entwickeln. Dies sollte Gegenstand der Überprüfung sein, wenn wir stabile politische Beziehungen zu unseren Nachbarn pflegen wollen.« Auch Johannes Hahn folgte der Einschätzung seiner de-facto Vorgesetzten Mogherini (im Rahmen der neuen Geschäftsordnung der Juncker-Kommission agiert Mogherini bekannterweise als Koordinatorin und Entscheidungsbefugte für den gesamten Bereich Außenbeziehungen; Hahn muss ihre Zustimmung einholen, bevor er neue Initiativen setzen oder gar Entscheidungen vorschlagen möchte): »Die EU hat selber ein Interesse daran, Frieden, Stabilität und Wohlstand an ihren Grenzen zu fördern.«

Ab sofort und bis Ende Juni können alle Interessierten (egal ob Staaten, Organisationen, Think-Tanks, Wissenschaftseinrichtungen oder auch der ominöse engagierte und emanzipierte Einzelbürger) der Europäischen Kommission ihre Überlegungen zu einer sinnvollen und zielführenden EU-Nachbarschaftspolitik übermitteln. Auf Grundlage und nach Analyse der eingehenden Überlegungen und Vorschläge wird dann im Herbst 2015 eine Mitteilung mit Vorschlägen für die künftige Ausrichtung der ENP präsentiert. Wie erwartet ist die Konsultation auf vier Schwerpunktbereiche ausgerichtet: Differenzierung, Fokussierung, Flexibilität, Eigenverantwortung und Sichtbarkeit. Darüber hinaus wurden fünf Politik-Bereiche ermittelt, auf die sich die künftige Ausgestaltung der ENP konzentrieren soll: Handel und wirtschaftliche Entwicklung, Netzverbindungen, Sicherheit, Governance, Migration und Mobilität.

## DIE EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK (ENP): WELCHEN MEHRWERT HATTE DAS ALLES EIGENTLICH?

Seit nun über einem Jahrzehnt gestaltet die EU ihre Beziehungen zur unmittelbaren Nachbarschaft im Rahmen der eigens konzipierten ENP. Ursprünglich vorgesehen war nur ein einheitlicher Bezugsrahmen zu den in der Folge der EU-Osterweiterung neu entstandenen Nachbarn der EU. Die Mittelmeeranrainerstaaten wurden erst nachträglich und nach beharrlicher Forderung von Frankreich, Spanien und Italien in das ENP-Konzept integriert. Ausschlaggebend waren Überlegungen zu einer Balance zwischen Ost- und Südpolitik. Zentrales Instrument der ENP sind weiterhin die so genannten »Aktionspläne«, die der Vertiefung der bilateralen Beziehung eines jeden einzelnen ENP-Staates dienen. Als Mehrwert wird angesehen, dass ihr Inhalt jeweils gemeinschaftlich zwischen EU und dem betroffenen ENP-Staat vereinbart wird. Man erwartet sich davon, dass das jeweilige Reformprogramm künf-




tig besser auf die konkrete Situation im jeweiligen Land abgestimmt werden kann. Im üblichen Verhandlungssprech heißt das dann auch schon einmal: »Anders als die Euromed-Partnerschaft ist die ENP also sehr viel ergebnisorientierter.«

Aber bereits bei der allerersten Zwischenbilanz nach nur 18 Monaten der ENP-Implementierung musste bereits festgestellt werden, dass die ersten Ergebnisse trotz länderspezifischer Unterschiede eher »moderat« seien, die ENP insbesondere die zentralen Hemmfaktoren des Barcelona-Prozesses nicht zu beheben vermochte (insbesondere die schleppende Liberalisierung des Agrar- und Dienstleistungshandels, der ungenügende Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, die unzureichende finanzielle Unterstützung und die allgemeine Komplexität der Assoziierungsabkommen) und mit dem neuartigen Prinzip des »differenzierten Bilateralismus« regionale Ansätze für eine Gestaltung der Beziehungen der EU mit ihrem Mittelmeerpartnern weiter zurückgedrängt werden.

Bei der Schaffung der ENP hat der damalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi den neuen Nachbarn noch versprochen, dass eine Annäherung an die EU alle Politikfelder umfassen kann, also weit mehr als die bis dahin allerorts in Aussicht gestellte Freihandelszone. Diese Offenheit war sicherlich eine zentrale Erkenntnis des zurückliegenden erfolgreichen EU-Beitrittsprozesses bei gleichzeitigen Eingeständnis, dass zehn Jahre Mittelmeerpolitik zeitgleich eher erfolglos verliefen: Transformationsprozesse können nur dann erfolgreich sein, wenn für die regierenden Eliten von außen überzeugende Anreize geboten werden. Dieses mögliche »Zuckerbrot« fehlt aber auch in der ENP. Während in den jeweiligen Aktionsplänen konkrete Benchmarks für die ökonomische Entwicklung enthalten sind, fehlt Vergleichbares für konkrete innenpolitische Reformen. Die EU setzt auch weiterhin offensichtlich auf Altbewährtes: Wirtschaftliche Liberalisierung als Zugpferd mit der damit verbundenen Hoffnung, quasi automatisch »spill-over-Effekte« auf der politischen Ebene zu erzielen.

Der zweite große Kritikpunkt an der aktuellen ENP betrifft ihren bilateralen Ansatz. Dieser enthält zwar zweifelslos die Chance auf Dynamisierung, da ja jedes Partnerland selbst die Geschwindigkeit bestimmen kann, mit der man sich auf Wirtschaftsreformen einlässt und somit eine Annäherung an die EU in Gang setzt. Gleichzeitig wird aber auch der bereits existierende »hub-and-spoke-Effekt« verfestigt: Die EU bestärkt die ENP-Partner zwar in ihrer Konkurrenz untereinander um eine

Annäherung an die EU, gleichzeitig gibt sie aber wenig Anreiz, regionale Integrationsprozesse voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist es auch bezeichnend, dass insbesondere die Mittelmeeranrainerstaaten nachdrücklich darauf Wert legen, dass die bilaterale ENP die multilaterale Politik lediglich ergänzt und nicht ablöst. Auf Seiten der EU unterbleibt eine solch klare Festlegung. 

**STEFAN BROCZA**

ist Experte für Europarecht und internationale Angelegenheiten. Er lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.

**ANDREAS BROCZA**

ist Politologin und Lehrbeauftragter an der Universität Wien.

---

## LITERATUR

**Timm Beichelt:** Die Politik der Östlichen Partnerschaft – inkompatible Grundannahmen und antagonistische Herausforderung, in: *integration* 4/2014, S. 357-364 | **Andreas Brocza:** Die Eurasische Wirtschaftsunion. In: *International – Zeitschrift für internationale Politik*. IV/2014 | **Stefan Brocza:** Scheitern der EU-Mittelmeerpolitik. In: Edlinger (Hg.): *Libyen: Hintergründe, Analysen, Berichte*. 2011 | **Stefan Brocza:** EU-Syrien: Anhaltende Ratlosigkeit. In: Edlinger/Kraitt (Hg.): *Syrien*. 2013 | **Stefan Brocza:** EU-Syrien: Systematische Ratlosigkeit. In: Edlinger/Kraitt (Hg.): *Syrien*. 2015. (2. Auflage – im Erscheinen) | **Europäische Kommission**, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: *Gemeinsames Konsultationspapier: Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik*. JOIN (2015) 6 final | **Martina Jäger, Stefan Brocza:** EU-finanzierte Internierungslager in Libyen. In: Brocza (Hg.): *Die Auslagerung des EU-Grenzregimes. Externalisierung und Exterritorialisierung*. 2015 | **Stefan Lehne:** Time to Reset the European Neighborhood Policy. *Carnegie Europe*. February 2014 | **Michael Stabenow:** Abschied von einer Illusion. Die EU will ihre Nachbarschaftspolitik neu ausrichten. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. März 2015, S. 8



Birgit Jürgenssen, Körperprojektion (Der Magier Houdini), 1988  
Farbfoto | colour photograph, 50 x 70 cm

# DIE ACHZIGER JAHRE



Thomas Reinhold, Ohne Titel, 1982, Öl auf Leinwand | oil on canvas, 65 x 50 cm

# Ein Elefant im Porzellanladen

**Die Aussicht auf** einen von den Republikanern dominierten US-Kongress und die Gefahr eines republikanischen Präsidenten erfordere eine andere Orientierung der europäischen Außenpolitik. Denn Glaubenskriege und Geopolitik seien eine fatale Mixtur.

**W**ir müssen damit rechnen, dass bei den kommenden Wahlen in den USA sowohl der Präsident wie auch die Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus von den Republikanern gestellt werden. Bekanntlich ist der Elefant das Parteisymbol der Republikaner und wenn man bedenkt, welche Katastrophen die Republikaner im Nahen Osten verursacht haben, wäre es sehr wichtig, dass die Europäische Union eine eigene Nahostpolitik entwickelt.

Angefangen hat das Elend mit dem Sturz des Mossadegh und der Installation des Shah-Regimes im Iran, mit dem Dauerkonflikt des Iran mit den USA und dem Ergebnis der Herrschaft der Ayatollahs.

Höhepunkt war die Geiselnahme der Botschaftsangehörigen in Teheran. In Afghanistan unterstützten die USA die Mudschaheddin in ihrem Kampf gegen die Sowjetarmee. Gorbatschow entschied sich für den Rückzug, General Lebed führte ihn durch. Von ihm stammt das Zitat: »Die Welt ist schon komisch eingerichtet, die einen beschließen einen Krieg und andere müssen an die Front!« Die von den USA aufgebauten Taliban hielten das Land in jahrelanger Geiselnhaft und die Al Qaida organisierte die Attacke auf das World Trade Center in New York. Die USA und Europa waren entsetzt. Vom Patriot Act bis zum Einmarsch reagierten USA. Statt mit einem Einmarsch hätte man die verständliche Wut der Amerikaner wegen des Angriffs auf das WTC auch durch Bombardierung der Taliban-Ausbildungslager, wie heute üblich, besänftigen können. Aber dann steckte der Westen in der Bredouille, auch Deutschland glaubte die Demokratien am Hindukusch verteidigen zu müssen.

Nun kennen wir aus unserer Geschichte strategische Entscheidungen, wenn der Krieg an einer Front verlustreich ist, öffnet man eine neue Front. Dies hat Präsident George W. Bush getan, indem er sein Volk und die Welt mit dem Märchen von Massenvernichtungswaffen im Irak belog, die Aktion dann aber »unaccomplished« beließ. Der Exekutor der amerikanischen Politik im Irak, Bremer, löste die BAATH-Partei auf und schickte die Soldaten Husseins nach Hause, die dann später die ISIS bildeten. Die Mission im Irak kostete die USA 4.500 ihrer Soldaten und einige 100.000 tote Iraker. Eine Schreckensbilanz. Religiöse Konflikte waren Brandbeschleuniger: Sunniten gegen Schiiten und Alewiten.

Das nächste Debakel war Syrien. Eine Missernte löste Hungerdemonstrationen aus, die zwar gewalttätig waren, die USA versuchten Verbündete unter den Aufständischen gegen das Assad-Regime zu gewinnen, um das vom Iran gestützte Regime Assads zu stürzen.

Ergebnis: ein Bürgerkrieg mit Millionen Kriegsopfern. Putin hatte die USA gewarnt, sie sollten sich doch überlegen, mit wem sie sich da einlassen. Sie haben die Warnungen in den Wind geschlagen und dann auch beim nächsten Krisenherd, der Ukraine, kräftig gezündelt.

## WIEDER EIN KRIMKRIEG

Seit Potemkin die Krim für seine Zarin Katharina erobert hatte, war sie Teil Russlands. Chruschtschow schenkte 1954 die Krim der Ukraine, quasi als Entschädigung für den Hungermord, den Stalin Anfang der 30er-Jahre in der Ukraine verursacht hatte. Ob nun die Bewohner der Krim angesichts der chaotischen Zustände in der Ukraine, man denke nur an die

Orangene Revolution, gegen die schamlose Ausbeutung der Bevölkerung durch ukrainische Oligarchen revoltierte oder weil Putin seine grünen Männchen in die Ukraine schickte, sie haben jedenfalls gewählt. Wie sehr man zweifeln darf, dass die Wahlen auf der Krim korrekt abgelaufen sind, die USA und die EU waren empört, dass Putin einem souveränen Staat eine Provinz entrissen hat. Die USA haben dabei offensichtlich vergessen, dass sie zwei souveräne Staaten, Afghanistan und den Irak, nicht einmal heimlich, sondern ganz offiziell überfallen hatten. Die Europäische Union wollte auch die Souveränität der Ukraine gewahrt sehen und nach einigem Hin und Her wurde Russland mit diplomatischen, aber auch wirtschaftlichen Sanktionen belegt. Wenn man Exponenten der EU befragt, ob die Sanktionen sinnvoll waren, bekommt man die Antwort, was hätte man denn sonst tun sollen? Eines haben die Sanktionen sicherlich bewirkt, sie gaben Putin die Möglichkeit, für den Wirtschaftsrückschlag in Russland den Westen verantwortlich zu machen.


Der Konflikt in der Ukraine, aber auch die Katastrophe im Nahen Osten, haben den zaghaften Konjunkturaufschwung, auf den wir 2014 gesetzt haben, abgewürgt.

Wie sehr die Aufstände in der Ostukraine von der Russischen Föderation inspiriert wurden, wie sehr die Unzufriedenheit der Aufständischen entscheidend war, jedenfalls hat die Europäische Union es versäumt, die ukrainische Führung frühzeitig auf eine Föderalisierung ihres Landes zu verpflichten.

## WO WÄRE DER AUSWEG AUS DEM LABYRINTH?

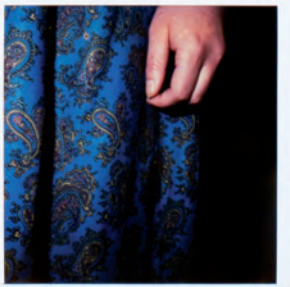
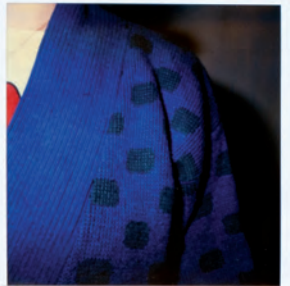
Wie kann nun der Konflikt EU und Russische Föderation beigelegt werden? Zweifellos bedarf es da mehr als einiger Gesten von Putin. Verstehen muss man auch, dass die Polen durch seine Aussage »Der Zerfall der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts!« beunruhigt sind. Was Hitler und Stalin den Polen angetan haben, kann die Nation verständlicherweise nicht so leicht vergessen. Ein wahrer Lichtblick sind dabei die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, denken wir nur daran, dass Gauck als neugewählter Bundespräsident Polen als Ziel seiner ersten Auslandsreise wählte. Die Russische Föderation und ihre Regierung müssten Adäquates in die Wege leiten.

Nach all diesen Erfahrungen sollten die tonangebenden Kräfte in der Europäischen Union erkennen, ohne Russland und dem Iran wird eine Stabilisierung im Nahen Osten nicht

möglich sein. Was nun die Ukraine anbelangt, gibt es die Probleme des Völkerrechts, aber dann gibt es auch noch die Achtung der Menschenrechte, und zu denen gehört das Recht der Menschen, in Wahlen ihre Vertreter zu wählen. Die Europäische Union könnte ja nach einem wenig bekannten Vorbild handeln. Als in Albanien ein Bürgerkrieg auszubrechen drohte, wurde Franz Vranitzky von der OECD nach Tirana geschickt um das Problem zu lösen. Er setzte dann Wahlen durch und konnte so den Bürgerkrieg verhindern. Und diesen Weg sollte die EU den Ukrainern anbieten. 

**HEINZ KIENZL**

war Wirtschaftsexperte des öGB, Generaldirektor und Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank und ist Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft.



ROSALIA S.

Zelma 26

# DIE ACHZIGER JAHRE

Robert Zahornicky, aus der Serie „Puzzle“: Rosalia S, 1983

Fotocollage (Polaroid) auf Karton | photo collage (Polaroid) on cardboard, 67,7 x 49,7 cm

# Klima, Kapitalismus & Israel



## Naomi Klein DIE ENTSCHEIDUNG

Vergessen Sie alles, was Sie über den Klimawandel zu wissen meinten: Es geht nicht nur um CO<sub>2</sub>-Emissionen, es geht um den Kapitalismus! Naomi Klein zeigt, dass wir uns dieser existentiellen Herausforderung stellen können. Wir müssen unser Wirtschaftssystem des Immer-mehr aufgeben und etwas radikal Neues wagen. Denn überall auf der Welt gibt es überraschende und inspirierende Alternativen.

S. FISCHER, 704 Seiten, 27,80 Euro



## Miriam Gebhardt ALS DIE SOLDATEN KAMEN

Die Soldaten, die am Ende des Zweiten Weltkriegs Deutschland von der nationalsozialistischen Herrschaft befreiten, brachten für viele Frauen neues Leid. Zahllose Mädchen und Frauen (und auch etliche Männer) wurden Opfer sexueller Gewalt. Entgegen der weit verbreiteten Vorstellung wurden nicht nur »die Russen« zu Tätern, sondern auch Amerikaner, Franzosen und Briten.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT, 352 Seiten, 22,70 Euro



## Jakob Kellenberger WO LIEGT DIE SCHWEIZ?

Der Umstand, dass ein Land in der geografischen Lage der Schweiz nicht Mitglied der EU ist, beschäftigt Jakob Kellenberger. Es befremdet ihn, dass die Schweiz der Friedensgemeinschaft von Anfang an mit engherzigem Misstrauen begegnete. Er ist beeindruckt von der Macht eingeschliffener Begriffe und den Begriffsgeräten, an denen schweizerische Politiker seit Jahrzehnten mit ungebremstem Schwung turnen.

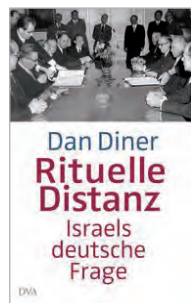
NZZ LIBRO, 230 Seiten, 39,00 Euro



## David Nirenberg ANTI-JUDAISMUS

Anti-Judaismus gilt als eine irrationale Abweichung vom westlichen Denkweg hin zu Freiheit, Toleranz und Fortschritt. David Nirenberg zeigt, dass der Anti-Judaismus die Geschichte des Westens wie ein roter Faden durchzieht. Auch die Aufklärung räumte mit dem Feindbild Jude keineswegs auf. Und: Die Gegner mit Juden zu identifizieren hat auch ohne reale Juden funktioniert.

C. H. BECK, 587 Seiten, 40,60 Euro



## Dan Diner RITUELLE DISTANZ

Vor 50 Jahren haben die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. Der Historiker Dan Diner versucht die Tiefenschichten jener zwiespältigen deutsch-israelischen Annäherung auszu-leuchten, vor allem die politisch-theologischen Aspekte der Diskussion auf israelischer Seite nur wenige Jahre nach dem Mord an den europäischen Juden.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT, 176 Seiten, 20,60 Euro



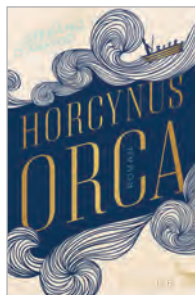
## Moshe Zuckermann ISRAELS SCHICKSAL

Israel sieht sich vor eine Wahl gestellt, die ihm letztlich nur zwei Möglichkeiten offenhält: Es kann sich zur Lösung des Konflikts mit den Palästinensern für die Zwei-Staaten-Variante entscheiden, d. h. eine Friedenslösung zwischen zwei souveränen Staaten Israel und Palästina akzeptieren. Israel kann aber auch eine territoriale Teilung zwischen Israel und Palästina torpedieren.

PROMEDIA, 208 Seiten, 17,90 Euro

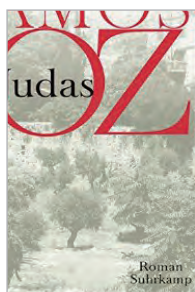


# Sizilien, London & Vögel



**Stefano D'Arrigo**  
HORCYNUS ORCA

Zu entdecken: ein vergessenes Meisterwerk! Die Landschaften um die Straße von Messina bilden die Brücke zwischen den Mythen der Antike und der Gegenwart. Hier, zwischen Skylla und Charybdis, hörte Odysseus den Gesang der Sirenen. Vierzig Jahre nach dem Erscheinen ist es Moshe Kahn gelungen, den lange als unübersetzbar geltenden Roman zum ersten Mal in eine andere Sprache zu übertragen.  
**S. FISCHER, 1471 Seiten, 59,70 Euro**



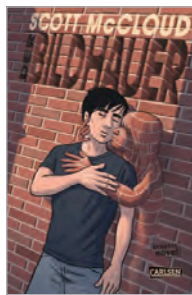
**Amos Oz**  
JUDAS

In diesem Roman kehrt Amos Oz zum Milieu einiger seiner bekanntesten Bücher wie *Mein Michael* und *Eine Geschichte von Liebe und Finsternis* zurück: in das geteilte Jerusalem der fünfziger Jahre. Die zarte, wilde Liebesgeschichte ist eingebettet in die Ereignisse am Ende der Regierung Ben Gurion. Gemeinsam mit seinem Protagonisten prüft Oz die Entscheidung, einen Judenstaat zu errichten.  
**SUHRKAMP VERLAG, 335 Seiten, 23,60 Euro**



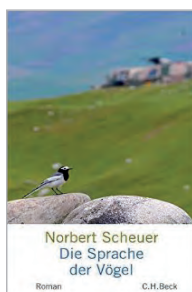
**Zoe Beck**  
SCHWARZBLENDE

London. Der Kameramann Niall Stuart wird unfreiwillig Zeuge, als zwei junge Männer einen Soldaten in zivil grundlos angreifen und töten. Niall nimmt die Szene mit seinem Handy auf. Einer der Täter bekennt, dass er den Mord im Namen Allahs begangen hat. Als Niall wenig später den Auftrag erhält, eine Dokumentation über den Fall zu drehen, ahnt er nicht, dass er mit grausamer Absicht ausgewählt wurde.  
**HEYNE, 416 Seiten, 10,30 Euro**



**Scott McCloud**  
DER BILDHAUER

Es gibt nur wenige moderne Comicschöpfer, die so großen Einfluss auf die künstlerische Konstruktion von Comics hatten wie der Amerikaner Scott McCloud. Hier nun seine erste große Graphic Novel. David Smith ist Bildhauer. Talentierte, aber nicht berühmt. Deshalb nimmt er auch allzu gerne das faustische Angebot an, jede Skulptur, die er sich vorstellen kann, mit seinen Händen erschaffen zu können.  
**CARLSEN, 496 Seiten, 36,00 Euro**



**Norbert Scheuer**  
DIE SPRACHE DER VÖGEL

Paul Arimond kommt 2003 als Sanitäter der Bundeswehr nach Afghanistan, in ein Land, das schon sein Urgroßvater einst, auf der Suche nach der Universal-sprache der Vögel, wegen seiner reichen Tierwelt bereist hatte. Auch Paul liebt es, Vögel zu beobachten. Inmitten zunehmender Bedrohungen beginnt Paul immer unberechenbarer und anarchischer zu handeln.  
**C. H. BECK, 238 Seiten, 20,60 Euro**



**Édouard Louis**  
DAS ENDE VON EDDY

Der junge französische Autor erzählt die Geschichte einer Befreiung aus einer unerträglichen Kindheit: inspiriert von seiner eigenen. »Ich rannte weg, ganz auf einmal. Gerade hörte ich meine Mutter noch sagen ›Was soll der Scheiß jetzt wieder?‹. Aber ich wollte nicht bei ihnen bleiben, ich weigerte mich, diesen Moment mit ihnen zu teilen. Ich war schon weit weg, ich gehörte nicht mehr zu ihrer Welt, ... «  
**S. FISCHER, 208 Seiten, 19,60 Euro**

# Eine nicht ganz marktkonforme Demokratie

**M**it dem Wahlsieg der Partei SYRIZA in Griechenland war auch die Hoffnung auf eine Kehrtwende in der europäischen Wirtschaftspolitik verbunden. Das griechische Beispiel einer Politik gegen Austerität, für ein nachhaltiges Wachstumsmodell und Verteilungsgerechtigkeit sollte zunächst im europäischen Süden Nachahmer finden und die lang ersehnte Wende in Europa einleiten. Das Selbstbewusstsein der neuen griechischen Regierung, mit der sie den VertreterInnen der Gläubiger in den ersten Tagen nach der Amtsübernahme ihre Forderungen kommunizierte, hat diese Hoffnungen mehr als beflügelt. »The Greeks chose«, so der griechische Finanzminister Varoufakis in einem BBC-Interview – den walisischen Poeten Dylan Thomas zitierend – »to stop going gentle into the night and to rage against the dying of the light«.

Einige Wochen später kämpft das Land mit einbrechenden Steuereinnahmen, Kapitalflucht und einer dramatischen Kreditklemme. Die griechische Regierung konnte bislang keine der wesentlichen Wahlversprechen einlösen – mit Ausnahme eines 200 Millionen-Euro-Pakets zur Armutsbekämpfung (Essensmarken, Gratisstrom für Arme), dessen Beschluss im griechischen Parlament ohne Zustimmung der Troika erfolgte. Dies brachte der griechischen Regierung einmal mehr den Vorwurf der Paktuntreue ein. Angesichts der angespannten finanziellen Lage ist sie nun gezwungen, die Barbestände der ohnehin klammen Sozialkassen heranzuziehen, u. a. auch um die bis Ende August fälligen Kreditrückzahlungen in Milliardenhöhe, insbesondere an den IWF und die EZB leisten zu können. Die Troika schlug gar ein temporäres Moratorium für Pensionen und Gehälter für Staatsbedienstete vor, damit Griechenland seinen Verpflichtungen nachkommen kann.

Hat die griechische Regierung mit den Gläubigern schlecht und ungeschickt verhandelt? Hat sie durch zu wenig serviles und zu selbstbewusstes Auftreten, die Dress- und Verhaltenskodizes der Eurokraten missachtend, die Gunst der

Verhandlungspartner verspielt und dann mit unverschämten Reparationsforderungen und Forderungen nach der Rückzahlung des Zwangskredits aus dem Jahr 1942 das Vertrauen der Gläubiger nachhaltig zerstört?

Ein weniger eloquenter, biederer Krawattenträger als Finanzminister hätte nichts geändert. Griechenland ist, solange es einen Grexit kategorisch ausschließt, strukturell in einer ausweglosen Verhandlungsposition – politisch, weil keines der Gläubigerländer SYRIZA einen Erfolg mit Imitationspotenzial ermöglichen möchte, ökonomisch u. a., weil Griechenland auf die überlebensnotwendigen Notfallkredite der EZB für das unter Kapitalflucht leidende Bankensystem angewiesen ist. Das Verhalten der EZB gegenüber Griechenland hat bei manchen BeobachterInnen Entsetzen ausgelöst: Statt ihrer Funktion als »Lender of Last Resort« nachzukommen, würde sie, so der Vorwurf, die Kapitalflucht befeuern, indem sie die Liquiditätszufuhr der Notenbank ans Bankensystem erschwert.

Die griechische Regierung hatte zu Beginn einen naiven Glauben an die Unabhängigkeit der EZB und an die Ernsthaftigkeit der neuen Programmatik der Sozialdemokratie. Griechenland hat schließlich Europa zusammengeschweißt: In der Eurogruppe stand es achtzehn gegen eins. Die Anti-Austeritätsrhetorik der Europäischen Sozialdemokratie war schnell vergessen. Man wäre ja gesprächsbereit gewesen, aber das dilettantische, beleidigende und chaotische Vorgehen mancher griechischer Politiker habe Solidarität erschwert – und überhaupt: Vereinbarungen müssten schon eingehalten werden. Dazu kommt die überhand nehmende Bagatellisierung eines Grexit, der ökonomisch und politisch desaströse Konsequenzen für die Eurozone und auch für Griechenland hätte, sowie nicht absehbare geopolitische Veränderungen nach sich ziehen könnte. Es ist nur zu hoffen, dass die handelnden AkteurInnen bald aufwachen.



**ELISABETH BLAHA**  
arbeitet als Ökonomin in Wien.



U4: Eigeninserat